

NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

48

NOVEMBER 1977

STOPPT DIE HERSTELLUNG VON KERNWAFFEN!

↓ *Sieben Wochen Belgrad* ★ INTERVIEW MIT DEM AFGHANISCHEN
PRÄSIDENTEN M. DAUD ★ Leuchten eines fernen Sternes

Universitätsbibliothek Greifswald

Sektion Marxismus-Leninismus



14159-48 105 147 652
SEKT. MARX, LENIN
2200-2303
DOM-20

SOWJETUNION **IM BILD**

Die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik heißt bei uns die Gartenrepublik. Früher eine weltabgeschiedene



Gegend, in die rebellische Dichter verbannt wurden, ist Moldawien unter der Sowjetmacht zu einer Republik mit fortgeschrittener Landwirtschaft und einer entwickelten Industrie geworden. Die moldauische Literatur und Kunst haben Bedeutendes erreicht.

Zum Moldawien von heute gehören gleichermaßen das Filmstudio „Moldovafilm“ mit seinem unverwechselbaren Stil, die feinnervige Prosa von Ion Druce, die einzigartige Stimme von Maria Biescu und die ansteckende Lebensfreude der Volkstanzgruppe „Jok“.

Das Wort „Jok“ bedeutet Volksfest auf dem Anger eines moldauischen Dorfes. Dabei wird natürlich immer getanzt. Viele solcher echten Volkstänze bereichern das Repertoire des berühmten Ensembles.



„Jok“ findet überall in der Sowjetunion und auch in vielen Ländern Europas, Asiens und Amerikas begeisterte Aufnahme.

Unsere Bilder vermitteln eine Vorstellung von „Jok“-Tänzen.

Fotos TASS



WORT DES REDAKTEURS

ENTSPANNUNG OHNE ALTERNATIVE

Der Entspannungsprozeß ist noch gar nicht so alt. Aber er besitzt bereits seine innere Logik und seine Entwicklungsetappen. Zu diesen gehört zweifellos die vor einem Jahr am 25. und 26. November in Bukarest abgehaltene Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Diese Tagung darf mit vollem Recht als Vorbild für ein verantwortungsvolles Herangehen an die Entspannung gelten. Die Vertreter der Warschauer Vertragsstaaten hatten die ersten Ergebnisse bei der Umsetzung der KSZE-Schlußakte analysiert und die Deklaration „Für neue Ergebnisse auf dem Wege der internationalen Entspannung, für die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa“ beschlossen. Darin hieß es: „Zur Politik der Entspannung gibt es keine vernünftige Alternative.“ Die Deklaration unterstrich die besondere Wichtigkeit der Einstellung des Wettrüstens und der Abrüstung, vor allem der nuklearen. Zu diesem Zweck wurden konkrete Vorschläge gemacht, darunter

- einen Vertrag abzuschließen, der festlegt, gegeneinander nicht als erste Kernwaffen anzuwenden;

- Handlungen zu unterlassen, die zu einer Ausweitung der bestehenden oder zur Schaffung neuer geschlossener Gruppierungen und militärisch-politischer Bündnisse führen könnten.

Bekanntlich hat der Politische Beratende Ausschuss allen KSZE-Teilnehmern den Vorschlag unterbreitet, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, dem ein entsprechender Vertragsentwurf beigelegt war.

In dem seither vergangenen Jahr hat es sich erwiesen, wie wichtig diese Initiative war. Und nicht weniger deutlich wurde, wo die Ursachen jener Erscheinungen liegen, die den Entspannungsprozeß bremsen. Die sozialistischen Länder waren stets bereit, sich mit konstruktiven Vorschlägen zu befassen, auch mit Vorschlägen der anderen in Europa bestehenden militärisch-politischen Gruppierung. Aber wo sind sie, diese Vorschläge? Die NATO hat sich in dem verflossenen Jahr bei ganz verschiedenen Anlässen auf das Wort „Nein“ versteift. Dieses Nein kam auch sofort auf den Vertragsvorschlag aus Bukarest. Der Atlantikpakt macht es sich mit Argumenten nicht schwer. Zunächst hatte er den Einwand, wes-

halb denn hier nur von Kernwaffen die Rede sei? Das wurde von den NATO-Propagandisten genauso hartnäckig wiederholt, wie sie seinerzeit die Warschauer Vertragsstaaten beschuldigt hatten, sie sprechen nur von konventionellen Waffen. So kam es zu einem eigentümlichen atlantischen Katz-und-Maus-Spiel: Die Vorschläge in bezug auf die konventionellen Waffen wurden unter Berufung auf die Kernwaffen zurückgewiesen; die Vorschläge zur nuklearen Abrüstung unter Berufung auf die konventionellen Waffen. Weiter wurde behauptet, die Vorschläge des Beratenden Ausschusses seien nur für den Osten wichtig, obwohl jeder weiß, daß die nukleare Bedrohung keinen Unterschied zwischen Ost und West macht.

Der Mangel an vernünftigen Einwänden gegen die Anregung aus Bukarest zeigte sich auch in der Haltung der NATO-Länder in Belgrad, wo diese Anregung einfach ins Aus geschoben werden sollte. Hinsichtlich des Verzichts auf eine Erweiterung der Blöcke ist das Schweigen der NATO noch eindeutiger. Es zeugt davon, daß man dort nicht an die Überwindung der Spaltung Europas denkt, sondern an ihre Vertiefung.

Dagegen mangelt es von seiten der NATO nicht an Initiativen, die die Welt von der Entspannung abbringen sollen. Wie ließe sich sonst die eingefädelte Herstellung der Neutronenwaffen bezeichnen? Oder der Plan, die militärischen Ausgaben der NATO um 3% heraufzusetzen? Oder der Versuch, neue Länder, z. B. Spanien, in die NATO zu holen?

Die Welt kann die verschiedenen Auffassungen vom Entspannungsprozeß vergleichen und bewerten. Die sozialistischen Länder glauben sich nicht im Besitz eines „Patents auf Entspannung“, aber sie sehen ihre Pflicht darin, die Praxis der internationalen Zusammenarbeit durch Vorschläge zu bereichern, die die langfristigen Interessen aller Völker Europas berücksichtigen. Nun liegen neue Vorschläge auf dem Tisch der Weltpolitik, die die Initiative des Politischen Beratenden Ausschusses weiterführen. In seiner Rede zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution nannte Leonid Breschnew viele Maßnahmen, deren Verwirklichung der militärischen Entspannung und der nuklearen Abrüstung einen neuen Anstoß geben würden. Diese Vorschläge haben ein starkes Echo gefunden. Die sozialistische Diplomatie sagt der ganzen Welt immer noch einmal: Zur Politik der Entspannung gibt es keine vernünftige Alternative. Deshalb muß man sich um eine schöpferische Weiterentwicklung dieses Prozesses bemühen, der im Interesse der ganzen Menschheit liegt.

Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR sprachen den Arbeitern und Kolchosbauern, den Angehörigen der Intelligenz, den Teilnehmern der Revolution, des Bürgerkrieges und des Großen Vaterländischen Krieges, den Veteranen der Arbeit, den Soldaten und Offizieren der Sowjetarmee und der Flotte, den Partei-, sowjetischen und gesellschaftlichen Organisationen herzlichen Dank für die enormen Erfolge zu Ehren des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution aus. Ferner wurde allen Genossen und Kampfgefährten aus den sozialistischen Ländern herzlich gedankt, den Leitern, den Völkern und den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der mit der Sowjetunion befreundeten Staaten der ehemaligen Kolonien, den Kommunisten aller Länder, den Gleichgesinnten im Kampf für Frieden und Sozialismus, die das Jubiläum der Oktoberrevolution begangen und brüderliche Grüße und Glückwünsche geschickt haben. Das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR übermittelten ferner ihren Dank an alle Staatsmänner, Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den kapitalistischen Ländern, die zum Jubiläum des Sowjetstaates gratuliert hatten.

Leonid Breschnew richtete an die Teilnehmer der 4. Nationalen Konferenz der Bewegung für bulgarisch-sowjetische Freundschaft eine Grußbotschaft, in der er betonte, daß die sowjetischen Menschen alles tun, damit sich die sowjetisch-bulgarische Freundschaft unaufhaltsam entwickelt, erstarkt, mit neuem Gehalt erfüllt und zu einem festen Fundament für die allseitige Zusammenarbeit und die Annäherung unserer Länder wird.

Leonid Breschnew richtete an das mexikanische Volk eine Grußbotschaft anlässlich der sowjetischen Kulturtage in Mexiko. Er äußerte die Überzeugung, daß sich die allseitige Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Mexiko auch in Zukunft entwickeln und festigen wird.

Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR gratulierten der hervorragenden Persönlichkeit der Kommunistischen Partei, des Sowjetstaats

und der kommunistischen Weltbewegung, dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Michail Suslow, zu seinem 75. Geburtstag. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zeichnete Michail Suslow am 18. November mit dem Orden der Oktoberrevolution aus.

Der Botschafter der UdSSR in den USA, Anatoli Dobrynin, suchte am 19. November den Präsidenten der USA, James Carter, auf und überreichte ihm ein Schreiben Leonid Breschnews. In dem Gespräch äußerte der Präsident seine Genugtuung über die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

Vom 15. bis 17. November fand in Los Angeles die fünfte Jahrestagung des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrates statt. Leonid Breschnew richtete an die Ratsteilnehmer eine Botschaft, in der er der Überzeugung Ausdruck verlieh, daß letzten Endes normale Bedingungen für eine Entwicklung der beiderseitig vorteilhaften Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und des Austausches zwischen den beiden Ländern geschaffen werden, die ihrem Wirtschaftspotential tatsächlich entsprechen. Auch US-Präsident Carter sandte eine Grußbotschaft.

Am 21. November wurde in Moskau die 83. Tagung des Exekutivkomitees des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen die weitere Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern und die Verwirklichung des Komplexprogramms für die sozialistische ökonomische Integration.

Am 21. November traf eine Delegation des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments unter dem Ausschußvorsitzenden Russo auf Einladung der Kommissionen für Auswärtige Angelegenheiten des Obersten Sowjets der UdSSR in Moskau ein.

Vom 4. bis 21. November fand in Genf eine Sondertagung der sowjetisch-amerikanischen ständigen Konsultativkommission statt. Man befaßte sich damit, wie die Seiten die Bestimmungen des Vertrages über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme vom 26. Mai 1972 erfüllen. In einem veröffentlichten Kommuniqué bekundeten die Seiten, daß der Vertrag effektiv ist und hierdurch die Treue der UdSSR und der

USA zu den Zielen einer Begrenzung der atomaren Rüstungen und dem Prinzip der gleichen Sicherheit demonstriert. Er dient den Sicherheitsinteressen beider Seiten, verringert die Gefahr der Entstehung eines Kernkrieges, fördert einen Fortschritt bei der weiteren Begrenzung und Reduzierung der strategischen Offensivwaffen und ist gegenwärtig nicht revisionsbedürftig.

Am 20. November traf eine Delegation führender Mitarbeiter sowjetischer Organe von Republiken und Gebieten unter dem Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU, dem Vorsitzenden des Ministerrates der RSFSR, Michail Solomenzew, auf Einladung der nationalen Vereinigung der US-Gouverneure in New York zu einem Gegenbesuch ein.

Am 18. November wurde in Tokio ein sowjetisch-japanisches Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie unterzeichnet.

Am 20. November traf eine Partei- und Regierungsdelegation der Sozialistischen Republik Vietnam unter dem Generalsekretär des ZK der KPV, Le Duan, zu einem offiziellen Besuch in Peking ein.

Am 21. November traf BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt auf Einladung des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Edward Gierek, zu einem offiziellen Besuch in Warschau ein.

Am 20. November fanden in Rumänien Wahlen zu den Gemeinde-, Stadt- und Landräten statt.

In Moçambique begann die zweite Runde allgemeiner Wahlen zu den örtlichen Machtorganen in den Bezirken, Städten und Provinzen. Sie werden Anfang Dezember mit der Bildung der Volksversammlung der VR Moçambique ihren Abschluß finden. Das aktive und passive Wahlrecht haben alle Bürger ab 18.

Am 20. November fanden in Griechenland vorfristige Parlamentswahlen statt. (Siehe S. 8.)

Am 19. November ging in Hamburg der ordentliche Parteitag der SPD zu Ende. (Siehe S. 12.)



Am 16. November wurde Leonid Breshnew im Kreml die Karl-Marx-Medaille in Gold — die höchste Auszeichnung der AdW der UdSSR für hervorragende Leistungen in den Gesellschaftswissenschaften — überreicht. Leonid Breshnew wurde für seinen hervorragenden Beitrag zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, zur wissenschaftlichen Ausarbeitung aktueller Probleme des entwickelten Sozialismus und des welthistorischen Kampfes für die kommunistischen Ideale, für einen dauerhaften Weltfrieden ausgezeichnet. Der Präsident der AdW der UdSSR, Akademienmitglied Alexandrow, überreichte die Medaille.

Foto TASS

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 48 NOVEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
V. Gustschin, A. Ignatow, G. Kaschojan
(Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow,
B. Pistchik (Stellv. Chefredakteur),
I. Trofimowa, V. Tschernjowski (Stellv.
Chefredakteur für die fremdsprachigen
Ausgaben), D. Wolski

Verantwortlicher Redakteur der
deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, eng-
lischer, französischer, spanischer, polni-
scher, tschechischer und arabischer
Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Entspannung ohne Alternative	1
V. Wolski — Sowjetunion schlägt totalen Stopp der Kernwaffenproduk- tion vor	4
L. Besymenski — Besondere Verantwortung	6
W. Drobkow — Griechenland: Nach der Wahl	8
W. Schelepin — Libanon: Wieder Angriffe im Süden	10
K. Karagesian — Unausgeglichene Bilanz der SPD	12
M. Daud — Afghanistan: Vier Jahre Republik (Interview)	14
W. Pawlow — Großbritannien: Alle Spritzen stehen still	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
G. Lewis — Brief aus San Diego	18
B. Assojan — Er hat die „Wiege der Menschheit“ entdeckt	21
B. Borisow — Auf wessen Applaus warten sie!	22
P. Baraschew — Interview jenseits der Schallmauer	22
W. Gawilewski, N. Paklin — Jugoslawien: Kornkammer des Landes	24
V. Worobjow — VDRJ: Ein Volk geht seinen Weg	26
W. Kriwzow — Dieses paradoxe Peking	27
Biographisches: Kirti Nidhi Bista	28
V. Rykow — Unvergessen	29
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

Der Überschall-Liner TU 144 hat den regelmäßigen Passagierdienst aufgenom-
men.

Titelbild: Die TU 144 vor dem Start auf der Linie Alma-Ata—Moskau

Foto W. Belikow

SOWJETUNION SCHLÄGT TOTALEN STOPP DER KERNWAFFENPRODUKTION VOR

Valeri WOLSKI

Lebhaft wird in der Welt der neue Vorschlag der Sowjetunion kommentiert, das nukleare Wettrüsten einzustellen und die Gefahr eines Kernkrieges zu bannen.

Leonid Breschnew erklärte am 2. November, nun sei die Zeit für einen radikalen Schritt gekommen, „zu vereinbaren, daß alle Staaten gleichzeitig die Produktion der Kernwaffen einstellen. Und zwar jeder derartigen Waffe — seien es Atom-, Wasserstoff- oder Neutronenbomben bzw. -granaten. Gleichzeitig könnten die Kernmächte sich verpflichten, mit einer schrittweisen Reduzierung der schon gehorteten Vorräte zu beginnen und so diese Waffen nach und nach und schließlich restlos, 'hundertprozentig', zu vernichten.“

So steht auf der Tagesordnung der Weltpolitik und des gesamten internationalen Lebens diese herangereifte, akute Aufgabe von historischer Bedeutung. Sie wurde klar und sachlich als Frage der praktischen Politik gestellt.

Die neuen sowjetischen Vorschläge (ein anderer Vorschlag betrifft das allumfassende Verbot von Nukleartests) fanden positives Echo bei verschiedenen Staats- und Regierungschefs. Positiv steht man dazu in Washington, London, Bonn und anderen Hauptstädten. Der österreichische Bundeskanzler Kreisky erklärte unlängst auf einer Pressekonferenz, die neuen sowjetischen Initiativen seien von großer Bedeutung für die Abrüstung.

Starkes Interesse haben die Vorschläge in UNO-Kreisen gefunden. UNO-Generalsekretär Waldheim äußerte sich positiv zu den Initiativen der UdSSR. Im Ersten UNO-Ausschuß erhielten sie weitgehende Unterstützung. Der Ausschuß unterstreicht die Dringlichkeit von Schritten zur Einstellung des Nuklearwettrüstens, zur Nuklearabrüstung.

Die *Washington Post* schreibt in einem Kommentar zu dem sowjetischen Vorschlag: „Das wäre selbstverständlich ein äußerst wichtiger Schritt der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, der bereits zur Beseitigung und nicht nur zur Verringerung der nuklearen Bedrohung führen könnte.“ Die bundesdeutsche *Neue Ruhr-Zeitung* hebt in einem

Artikel hervor: Leonid Breschnew könne für seinen Vorschlag über die Einstellung der Produktion von Kernwaffen in allen Ländern und die allmähliche Reduzierung der bereits gehorteten Vorräte auf eine positive Reaktion in der ganzen Welt rechnen.“

Die neue sowjetische Initiative widerspiegelt den prinzipiellen Kurs der UdSSR auf Beendigung des Nuklearwettrüstens und Beseitigung einer der gefährlichsten Massenvernichtungswaffen, auf die völlige Abwendung der Gefahr eines Kernkrieges. Bereits 1946 hatte die Sowjetunion als erste der Atomenergiekommission den Entwurf einer internationalen Konvention vorgelegt, der vorsah, die Staaten sollten sich verpflichten, unter keinen Umständen Atomwaffen einzusetzen, ihre Herstellung und Lagerung verbieten und die bereits bestehenden Vorräte solcher Waffen innerhalb von drei Monaten vernichten. Seither darf das als der Leitfaden für alle folgenden sowjetischen Initiativen gelten. Das betrifft ihre Tätigkeit in der UNO, in der Abrüstungskommission und bei anderen multi- und bilateralen Verhandlungen.

Auf der ersten UNO-Vollversammlung legte die Sowjetunion den Vorschlag über eine allgemeine Rüstungsbeschränkung vor. Geplant war als vordringliche Aufgabe auch das Verbot der Herstellung und Nutzung der Atomenergie zu militärischen Zwecken.

Man muß auch an einen weitreichenderen Vorschlag der UdSSR denken. Am 10. Mai 1955 wurde dem Unterausschuß der UNO-Abrüstungskommission ein Übereinkommen über die Einstellung der Produktion von Atom- und Wasserstoffwaffen unterbreitet.

Die Fragen der Nuklearabrüstung und der Einstellung des Wettrüstens wurden auch im gesamten Komplex konkreter Maßnahmen aufgeworfen, zum Beispiel in den Memoranden von 1964 und 1968, die u. a. dem Abrüstungsausschuß der 18 Staaten unterbreitet wurden.

Eine neue Phase in der Bekämpfung des Nuklearwettrüstens wurde mit dem vom XXIV. Parteitag der KPdSU 1971 beschlossenen Friedensprogramm eingeleitet. Es verband

die konkreten Maßnahmen direkt mit der Aufgabe, einen Vertrag zu schließen, der Kernwaffen unter Verbot stellen sollte. Diese Linie wurde in den Dokumenten des XXV. Parteitags der KPdSU weiterentwickelt und konkretisiert.

Der prinzipielle Kurs der UdSSR auf Einstellung des Nuklearwettrüstens wurde bekräftigt in dem sowjetischen Memorandum zu Fragen der Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung, das im Herbst v. J. der UNO vorgelegt wurde: „Unter Bedingungen, da die Kernwaffen die höchste Gefahr für die Menschheit darstellen, wird die vollständige nukleare Abrüstung zu einer äußerst wichtigen Maßnahme... Dazu muß vor allem das Nuklearwettrüsten, d. h. die Produktion von Kernwaffen, eingestellt und die Ausrüstung der Streitkräfte der Staaten sowie die Entwicklung und der Bau neuer Arten und Typen beendet werden.“

Das alles beweist nachdrücklich, daß der Kampf der Sowjetunion für die Beseitigung der Kernwaffen niemals nur zeitweiligen Charakter getragen hat. Sie hatte angeboten, diese Aufgabe zu einer Zeit radikal zu lösen, als Kernwaffen gerade erst aufkamen und auch nachdem sie selbst zu Verteidigungszwecken ein eigenes Kernwaffenpotential schaffen mußte.

Das von den imperialistischen Kreisen, in erster Linie von den USA, entfesselte Nuklearwettrüsten hat dazu geführt, daß heute in der Welt Atomwaffenlager bestehen, die unserem Planeten einen kaum übersehbaren Schaden zufügen könnten. Verschiedenen Angaben zufolge entfielen bereits Anfang der 70er Jahre auf jeden Erdbewohner 15 t Trinitrotoluol, wenn man die Sprengkraft der gehorteten Kernwaffen auf gewöhnlichen Sprengstoff umrechnet. Allein das strategische Nukleararsenal der USA umfaßt heute, nach Daten des Londoner Instituts für strategische Studien, 41 U-Boote, 1054 ballistische Raketen und 453 Bomber. Sie können etwa 8500 Nuklearsprengköpfe tragen.

Im Westen versucht man das Nuklearwettrüsten manchmal mit der Notwendigkeit der „verstärkten Verteidigungsfähigkeit“ zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang sollte an einen Bericht erinnert werden, den Experten von Weltgeltung bereits 1967 für den UNO-Generalsekretär zusammengestellt haben. Darin hieß es, jede neue Spirale des Nuklearwettrüstens führe keineswegs zur Festigung der Sicherheit.

Im Gegenteil, die Gefahr werde dadurch nur erhöht.

Kennzeichnend in dieser Hinsicht ist auch eine Erklärung des ehemaligen US-Außenministers Kissinger: „Es ist heute klar, daß die weitere Anhäufung strategischer Waffen nicht automatisch irgendwelche militärischen oder politischen Vorteile bringt...“ Auch der jetzige Präsident Carter vertritt die Ansicht, man könne an einen Kernkrieg nicht so archaische Standards anlegen wie „Sieg“ und „Niederlage“.

Dennoch bekommt das Pentagon nicht genug. In der Jagd nach illusorischer militärischer Überlegenheit hält es am Nuklearwetttrüsten fest, das Milliarden verschlingt. In den USA bestehen Programme zur Herstellung von Cruise Missiles. Die Air Force plant den Ankauf von mindestens 2300 solcher Raketen mit einem Kostenpunkt von nicht weniger als einer Million Dollar pro Stück. Auch die Marine bleibt nicht zurück. Sie hofft ebenfalls, etwa 1200 Cruise Missiles zu erwerben. Das neue Atom-U-Boot Trident mit 24 ballistischen Raketen an Bord wird entwickelt. Die Kosten für jede Trident liegen bei 1,3 Md. Dollar. Das sind nur einige Beispiele für den Riesenappetit des Pentagon. Muß man sich danach noch wundern, daß die Verteidigungsausgaben der USA im laufenden Finanzjahr die Rekordsumme von etwa 117 Md. Dollar ausmachen?

Das Wetttrüsten, darunter das Nuklearwetttrüsten, verschlingt kolossale Menschen- und Materialreserven. Und das zu einer Zeit, da so dringende Fragen vor der Menschheit stehen, wie Absicherung mit Nahrungsmitteln und Brennstoff, der Umweltschutz. Die militaristische Einstellung zu den Bodenressourcen, zur Natur selbst führt dazu, daß sie unwiderbringlich aufgezehrt werden, in der Natur aber irreversible ökologische Prozesse beginnen, deren tödliche Folgen heute noch unmöglich vorauszusagen sind.

Die amerikanischen Pläne, eine Neutronenbombe herzustellen und in Westeuropa zu lagern, haben in aller Welt eine ungeheure Protestwelle ausgelöst. Es besteht ja auch wirklich aller Grund zur Besorgnis. Solche Pläne müssen die Spannungen anheizen, müssen zu einer neuen Spirale im Wetttrüsten führen. Wie wären solche Schritte mit der Entspannung, mit Verhandlungen über den ganzen Abrüstungskomplex in Einklang zu bringen? Wirklich sind Entspannung und Wetttrüsten zwei ein-

ander ausschließende Erscheinungen. Entspannung ist der Weg zum Frieden, zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens und zur Entwicklung der Zusammenarbeit. Sie ist ein großer Schritt weg von der Gefahr eines Kernkriegs. Das Wetttrüsten dagegen bringt die Menschheit dieser tödlichen Gefahr näher.

Begreift man im Westen, wie unvereinbar Entspannung und Wetttrüsten sind? Legt man sich darüber Rechenschaft ab, daß dieses Wetttrüsten auch mit den laufenden Abrüstungsverhandlungen nicht in Einklang zu bringen ist? Die *Washington Post* schrieb im Juli d. J. zu den eventuellen negativen Folgen militaristischer Programme für Abrüstungsverhandlungen unter Berufung auf einen Geheimbericht der US-Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung: Darunter könnten die Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen, über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und die Wiener Gespräche über den Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa leiden.

Inzwischen haben auch die Staatsmänner westlicher Länder erkannt, daß es im Kernzeitalter keine Alternative zur Entspannung gibt. Das Positive, das in den letzten Jahren in den internationalen Beziehungen geschaffen werden konnte, muß weiterentwickelt werden. In erster Linie betrifft das die völlige Abwendung einer Kernkriegsgefahr, die Reduzierung und danach auch die Einstellung des Nuklearwetttrüstens. In dieser Hinsicht wurde bereits nicht wenig getan, und zwar vor allem dank den beharrlichen Bemühungen der Sowjetunion. Aber es muß noch mehr getan werden.

Die nukleare Entspannung in vielen Richtungen ist eine reale Tatsache. Es konnten so wichtige internationale Abkommen geschlossen werden wie der Moskauer Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser (1963), der Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Einschränkung der unterirdischen Kernwaffenversuche (1974). Sie richteten vor dem weiteren Nuklearwetttrüsten wesentliche Schranken auf. Nennen wir in diesem Zusammenhang auch die Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien zur Ausarbeitung eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffentests. Mit Erfolg in Aktion ist der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von

Kernwaffen (1968), dem sich bis heute mehr als 100 Staaten angeschlossen haben. 1971 wurde der Vertrag über das Verbot der Stationierung von nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden geschlossen. Schließlich wurden sowjetisch-amerikanische Übereinkünfte über die Reduzierung der strategischen Waffen getroffen. Das sind Abkommen von nicht hoch genug zu schätzender Bedeutung.

Einen gewichtigen Beitrag zur Gesundung der internationalen Lage und zur nuklearen Entspannung leisteten auch die Abkommen der UdSSR mit den USA, Großbritannien und Frankreich über die Abwendung von Kernkriegen.

Kurz, die aufgezählten Dokumente sind eine konkrete Basis für die nukleare Entspannung. Auf ihrer Grundlage kann und muß man weitergehen, indem man immer radikalere Schritte unternimmt.

Die neuen sowjetischen Vorschläge über die Beendigung der Herstellung von Kernwaffen mit späterer Reduzierung ihrer Vorräte wurden unter Berücksichtigung der Erfordernisse und der realen Möglichkeiten von heute unterbreitet. Sie zielen darauf ab, den Boden für eine wirklich einschneidende Maßnahme vorzubereiten, für die Reduzierung der Kernwaffenvorräte bis zu ihrer völligen Vernichtung. Denn nur mit der Beseitigung der materiellen Grundlage des Kernkriegs läßt sich seine Gefahr beseitigen.

Die Wichtigkeit der neuen sowjetischen Vorschläge besteht ferner darin, daß ihre Umsetzung das Vertrauen zwischen den Staaten spürbar festigen und die Verhandlungen zum gesamten Abrüstungskomplex vorantreiben würde, die gegenwärtig auf bilateraler und multilateraler Grundlage geführt werden.

Der Kampf gegen das Nuklearwetttrüsten, um so mehr ein radikaler, ist zweifellos alles andere als einfach. Hier müssen die objektiven Schwierigkeiten des Problems selbst in Rechnung gestellt werden wie auch der hartnäckige Widerstand jener, die sich von der Kernwaffenherstellung gewaltige Profite versprechen. Dennoch ist es eine reale und realisierbare Aufgabe, weil die entscheidende Kraft, nämlich alle Völker der Welt, für ihre Verwirklichung eintreten. Um das zu erreichen, braucht es beharrliche gemeinsame und koordinierte Bemühungen aller Staaten und das Verantwortungsbewußtsein aller Regierungen.

BESONDERE VERANTWORTUNG

Lew BESYMENSKI

Das Belgrader Treffen dauert schon sieben Wochen. Nun müssen die unterstützenden Arbeitsorgane daran denken, ihre Berichte für die Plenarsitzungen vorzulegen. Für die Diplomaten aus den 33 europäischen Ländern, den USA und Kanada bedeutet das, die Formulierung des Schlußdokuments in Angriff zu nehmen. Dafür stehen ihnen ausreichend Unterlagen zur Verfügung: Zu den verschiedenen Gebieten der gesamteuropäischen Zusammenarbeit sind von den Delegationen an die 70 Vorschläge eingegangen. Der Sitzungsplan für die nächsten Wochen liegt bereits vor (der erste Zeitplan erstreckte sich nur über 6 Wochen).

Das jetzige Stadium stellt an die Teilnehmer des Treffens besondere Anforderungen und überträgt ihnen besondere Verantwortung. Verlauf der Generaldebatte und Grundtendenz der Aussprache über die einzelnen Probleme haben erwiesen, daß alle europäischen Staaten an dem, was von Helsinki begonnen worden ist, zutiefst interessiert sind. Keine einzige Delegation hätte die Bedeutung der Vereinbarungen in Helsinki in Abrede zu stellen versucht. Um so wichtiger ist es, das Begonnene zu Ende zu führen.

Nach sieben Wochen sind die beiden verschiedenen Arbeitsmethoden sehr plastisch zu erkennen — die konstruktive, schöpferische und die destruktive, hemmende. Niemand verhehlt, wie kompliziert die Probleme sind, die bei der Realisierung der Schlußakte von Helsinki auftreten. Aber die Schlußakte eben liefert auch den Schlüssel zu ihrer richtigen Lösung: Festigung der Sicherheit und Ausbau der Zusammenarbeit.

Die konstruktive Richtung einzuhalten, ist natürlich nicht leicht. Aber wer eine Aufgabe lösen will, muß einen Weg suchen. Die sowjetische Außenpolitik hat in diesen Wochen demonstriert, wie konsequent sie um neue Vorschläge, neue Gedanken bemüht ist. Die sozialistische Diplomatie hat sich keineswegs damit begnügt, die wichtigen konstruktiven Gedanken, die sie noch vor Belgrad unterbreitete, zu konkretisieren und zu erläutern. Leonid Breschnew formulierte in seinen jüngsten Reden neue Vorschläge, eine Aktionsplattform, wie er sie nannte. Die sowjetischen Vorschläge, die in Belgrad großes Interesse

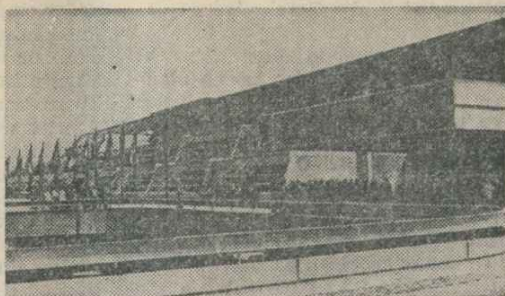
gefunden haben, beziehen sich sowohl auf die militärische Entspannung als auch auf das wichtigste Problem der Gegenwart — die Abrüstung. Das entspricht den Hoffnungen der Völker Europas auf ein Fortschreiten des Entspannungsprozesses.

Die Aktionsplattform für die militärische Entspannung in Europa ist nun in Belgrad ein offizielles Dokument. Vom Bemühen um die Entspannung sind auch die Vorschläge einiger anderer Länder getragen, z. B. das Dokument einer Gruppe neutraler Staaten, die wirksame Maßnahmen zur Zügelung des Wettbewerbs und zur weltweiten Abrüstung fordern.

Bei jedem der unterstützenden Arbeitsorgane ist schon eine beträchtliche Zahl konkreter Vorschläge registriert worden. Denken wir nur an die interessante Idee Jugoslawiens, unter den 35 Teilnehmerstaaten ein Jahr der kulturellen Zusammenarbeit zu veranstalten. Spanien und Portugal haben vorgeschlagen, wie die Rechte der ausländischen Arbeiter in den westeuropäischen Ländern gesichert werden können.

Besonders anachronistisch und befremdlich wirkt vor dieser Kulisse die Methode einiger weniger Delegationen, die sich kurz folgendermaßen umreißen läßt: Alles Positive von der Tagesordnung absetzen, alles Negative aber tagtäglich wiederholen, gleichgültig, worüber gerade diskutiert wird, und um jeden Preis alle anderen belehren! In dieser Hinsicht tut sich der Leiter der USA-Delegation, Arthur Goldberg, besonders hervor. Ein Kongreßabgeordneter machte ihm laut *Washington Post* das zweifelhafte Kompliment: „Er sticht von uns allen ab, und sollte er auch allein dastehen.“ Mit seinen Methoden, wie er die KSZE behandelt, stehe er selbst unter seinen westlichen Kollegen „allein da“, führte die Zeitung weiter aus.

Wie unsinnig die destruktive Methode ist, hat sich besonders bei der Aussprache über eine Frage gezeigt, um die im Westen so viel Lärm gemacht wird — die Menschenrechte. Goldberg machte sich von der ersten Sitzung an zum Schulmeister für die anderen Länder. Der sowjetische



Delegationsleiter Woronzow suchte ihm mehrmals klarzumachen, wie wenig diese Haltung zu dem Vertreter eines Landes paßt, in dem die Menschenrechte aufs schändlichste mit Füßen getreten werden und das von den 40 heute geltenden Verträgen über die Wahrung der Menschenrechte nur 10, innerhalb der UNO nur 5 ratifiziert hat.

Von mir aus möchte ich hinzufügen: Besonders unpassend (um nicht ein anderes Wort zu gebrauchen) ist eine solche Haltung für Goldberg selbst, der als USA-Vertreter in der UNO die amerikanische Aggression in Vietnam immer wieder verteidigte. Kein anderer als er rechtfertigte Ende 1966 in der UNO die barbarischen Luftangriffe auf Hanoi und Haiphong, und er verteidigte in dieser Eigenschaft auch die israelische Aggression im Nahen Osten.

Doch das ist Goldbergs eigene Angelegenheit. Nicht so sein Versuch, die Bedeutung des Belgrader Treffens herabzusetzen, es zu einem Forum für verantwortungslose Angriffe auf andere Länder zu machen. Es trifft keineswegs zu, daß die USA eine Diskussion um die „Menschenrechte“ wollen, die sozialistischen Länder hingegen nicht. Letztere sind sehr wohl bereit, über alle Probleme ernsthaft zu sprechen, aber eben im Geiste der Schlußakte. Sie halten sich strikt an den gesamten Kontext der Schlußakte, die kategorisch fordert, Gleichberechtigung, Zusammenarbeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu wahren. In ihren Diskussionsbeiträgen haben sie demonstriert, wie grundlegend die Bürgerrechte in der sozialistischen Gesellschaft gesichert sind. Sie haben niemanden belehrt, sondern die Tatsachen sprechen lassen.

Worauf laufen die bis zum Überdruß wiederholten Attacken des USA-Delegierten hinaus? Doch wohl allein darauf, Konfrontation zu erzeugen, aus dem ernsthaften, sachlichen Forum in Belgrad einen billi-

gen Propagandarummel zu machen. Noch eine weitere Methode, das Belgrader Treffen „abzuwerten“, zeichnet sich ab: der Versuch, die aktuellsten Probleme aus der Diskussion herauszuhalten. So suchten die USA und manche andere NATO-Staaten, die Entwicklung der militärischen Entspannung dadurch beiseite zu drängen, daß sie alle neuen Vorschläge von vornherein ablehnten oder in andere Zuständigkeitsbereiche verwiesen. Zu dem von vielen Ländern unterstützten Vorschlag, gesamteuropäische Konferenzen über Energetik, Umweltschutz und Verkehrswesen einzuberufen, hat sich die USA-Delegation noch mit keinem einzigen Wort geäußert.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann diese negative Haltung für die weitere Arbeit zu einem ernsthaften Hemmschuh werden. Hinderlich können sich auch die Versuche auswirken, in das Schlußdokument des Belgrader Treffens Passagen aufzunehmen, die die Revision gewisser Vereinbarungen von Helsinki zum Ziele haben. Die Anhänger dieser Methode sollten einen Blick in die Schlußakte werfen, in der die Funktionen des Belgrader Treffens festgelegt sind: das von den Oberhäuptern der 35 Staaten unterzeichnete historische Dokument nicht zu revidieren, sondern einen Meinungsaustausch über die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen, die Festigung der Si-

cherheit und die Entwicklung des Entspannungsprozesses zu führen. Dazu sollen die in Belgrad versammelten Diplomaten ihre Empfehlungen unterbreiten.

Leonid Breschnew sagte wiederholt, Europa, das durch die bitteren Prüfungen von Kriegen gegangen ist, habe besonderen Grund, den Weg der friedlichen, gleichberechtigten Zusammenarbeit zu beschreiten. Daran hat sich gut zwei Jahre nach Helsinki nichts geändert. Jetzt kommt es darauf an, die ehemalige Konfrontation zu überwinden und das Erreichte auszubauen. Der britische Außenminister Owen hatte recht, als er kürzlich schrieb, Belgrad habe nicht nur den Zweck, Bilanz zu ziehen, „sondern auch uns zu helfen, in der Entwicklung dieser Beziehungen einen neuen Schritt zu tun“.

Möglichkeiten dafür sind zweifellos vorhanden. Die vergangenen sieben Wochen haben gezeigt, wieviel interessante Initiativen die gesamteuropäische Zusammenarbeit auslösen kann. Nicht purer Optimismus, sondern nüchterner Realismus lassen hoffen, daß die neue Arbeitsphase in Belgrad konstruktive Ergebnisse bringen wird. Vorausgesetzt natürlich, daß die Delegationen der 35 Länder tatsächlich nach Geist und Buchstaben von Helsinki handeln.

NZ

STREIFLICHTER

LIBYEN

Am 17. November ging in Tripolis die dritte Tagung des Allgemeinen Volkskongresses, des höchsten Machtforgans der Republik, zu Ende. In der Schlußresolution wird die Entschlossenheit bekräftigt, den Kurs auf eine Vertiefung der progressiven sozialökonomischen Umgestaltungen fortzuführen, um die unabhängige nationale Wirtschaft zu festigen, das Lebensniveau der Werktätigen weiter zu heben und das Verteidigungspotential der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya zu konsolidieren. Der Kongreß beschloß u. a., eine strengere Kontrolle über die Erfüllung des Fünfjahrplans für die Entwicklung des Landes 1976—1980 durch die Volksversammlungen zu gewährleisten. Eine verstärkte Teilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Leitung der Betriebe und bei der Verteilung ihrer Gewinne soll dazu beitragen, die Effektivität der Produktion zu erhöhen — das gilt für den staatlichen wie für den privaten Wirtschaftssektor. Die Tagung maß ferner der Erfüllung der Landwirtschaftsprogramme große Bedeutung bei.

In der Außenpolitik billigte die Tagung den Kurs der libyschen Führung auf die allseitige Unterstützung der palästinensischen Befreiungsbewegung und aller progressiven nationalen Befreiungsbewegungen. Wie die libysche Presse meldete, sprach sich die Tagung in Tripolis für einen verstärkten Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und die arabische Reaktion aus.

Die Delegierten nahmen eine Erklärung zur geplanten Israelreise des ägyptischen Präsidenten an. Sie verurteilten die Handlungen Anwar Sadats und betonten, daß dieser Schritt schwerwiegende Folgen für das ägyptische Volk wie für die ganze arabische Nation haben wird. Der Kongreß rief zum Zusammenschluß aller arabischen Fortschrittskräfte auf.

USA

Die Zeitung Daily World veröffentlichte eine Erklärung der KP der USA. In der eine Handlung des Generalsekretärs der KP Spaniens, Santiago Carrillos, verurteilt wird, die er in New Haven, 160 km von New York, beging. Carrillo hatte an der Yale-Universität eine Vorlesung gehalten, obgleich die strei-

DIE KONFERENZ VON KAMPALA

Mit der Entwicklung der Nachrichtendienste afrikanischer Staaten beschäftigte sich eine Konferenz der Informationsminister der OAU-Staaten, die in der ersten Novemberhälfte in Kampala stattfand.

Die Konferenz sprach sich für die Gründung einer Allafrikanischen Nachrichtenagentur und die Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen und den arabischen Nachrichtenorganisationen aus.

Nach Ansicht der Konferenzteilnehmer wird die Lösung einiger technischer Fragen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Zu diesem Zweck sind ein zwischenstaatlicher Rat und ein ständiges Sekretariat gebildet worden, die die Bemühungen aller afrikanischen Länder in dieser Richtung koordinieren werden.

Die unbeugsame Haltung der afrikanischen Länder zur Einrichtung einer eigenen Nachrichtenagentur paßte den westlichen Pressevertretern nicht. Viele

von ihnen machten aus ihrem Unmut kein Hehl. Sie erklärten, die Gründung der Allafrikanischen Nachrichtenagentur bedeute verschärfte Zensur und Kontrolle seitens der afrikanischen Staaten.

„Dazu ist nur eins zu sagen“, erklärte der stellvertretende Generalsekretär der OAU, Peter Onu. „Wenn die Westpresse die tendenziöse Berichterstattung über die afrikanische Wirklichkeit nicht einstellt, haben die Regierungen der afrikanischen Länder das Recht, Gegenmaßnahmen bis hin zur Einschränkung der Tätigkeit westlicher Nachrichtenagenturen zu treffen.“

Der Erfolg des Treffens der Informationsminister afrikanischer Länder in Kampala zeugt von der Entschlossenheit des unabhängigen Afrika, den Kampf gegen das ideologische Vordringen des Neokolonialismus auf dem Kontinent und für die Festigung der afrikanischen Einheit wirksamer fortzusetzen.

Eigenbericht

Kampala

NACH DER WAHL

Wladislaw DROBKOW

Dieser Tage erinnert Athen wie viele andere griechische Städte an eine Wohnung, in der nach ausschweifenden Festivitäten das Großreinmachen begonnen hat. Die Stadtreinigung hat alle Hände voll zu tun, um die Wahlplakate von Häusermauern, Liträfsäulen und selbst von Verkehrsschildern zu entfernen. Wahlprüche und Plakate, die Bilder der Kandidaten verschwinden wieder in der Versenkung. In den kleinen Läden, die als Wahllokale dienten, werden wieder Waren feilgeboten.

Die Wahlen vom 20. November sind gelaufen.

Was haben die zweiten Parlamentswahlen nach dem Sturz der Militärdiktatur im Jahre 1974, die über sieben Jahre Griechenland regierte, gezeigt? Welche Veränderungen haben sich im Leben des Landes, im politischen Kräfteverhältnis vollzogen? Inwieweit haben die Wahlergebnisse all diese Veränderungen zum Ausdruck gebracht?

Alein das zahlenmäßige Wahlergebnis und die Neuverteilung der Parlamentssitze geben kein vollständiges Bild. Der Verlauf des Wahlkampfes, die Positionen der Parteien und ihre Programme haben die innenpolitische Szene im Griechenland des Jahres 1977 deutlich gemacht. Sie haben Veränderungen nach dem Zusammenbruch der Diktatur und der Wiedererrichtung der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung aufgezeigt.

Bezeichnenderweise setzte die Regierung Karamanlis vorfristige Wahlen zu einer Zeit an, als seine Partei, die Neue Demokratie, im griechischen Parlament (300 Sitze) über die überwiegende Mehrheit verfügte. Die Behörden erklärten die Vorverlegung der Wahlen um ein Jahr mit „wichtigen nationalen Problemen“, für deren Lösung eine stabile Regierung mit breiter gesellschaftlicher Rückendeckung erforderlich sei.

Lebenswichtige nationale Fragen wie das Verhältnis zum Gemeinsamen Markt und zum Zypernproblem werden 1978 in die entscheidende Phase treten, hieß es in einer amtlichen Erklärung. Die nationalen Interessen verlangten, daß diese Probleme von einer Regierung mit neuem Mandat angepackt würden, nicht aber im Wahlkampf durcheinander.

Die Oppositionsparteien zweifelten diese Erklärung an. Der Hauptgrund für die vorfristigen Wahlen seien die zunehmende Unzufriedenheit mit der Regierung und ihre Unfähigkeit, mit den Problemen des Landes fertig zu werden, betonten die griechischen Kommunisten. Auch die Führer anderer Parteien unterstützten diese Auffassung.

Als der Korrespondent des Pariser *Figaro* kurz vor den Wahlen Karamanlis nach dem Hauptergebnis seiner dreijährigen Amtszeit fragte, antwortete der Premier: „Die Wiederherstellung der Demokratie.“

Nach dem Sturz der Militärdiktatur wurde in Griechenland eine bürgerlich-parlamentarische Ordnung errichtet. Die von der Junta verbotenen Parteien wurden wieder legal. Nach 27 Jahren Verfolgung, Gefängnis, KZ und Kampf im Untergrund konnten die Kommunisten wieder legal wirken.

Es kam zu Prozessen gegen die Hauptverantwortlichen der Diktatur. Die Juntaführer und ihre nächsten Helfershelfer sitzen im Gefängnis, einige lebenslänglich. Offiziere, die in Verbrechen verwickelt waren, wurden in den Ruhestand versetzt und degradiert.

Auf all das verweisen Politiker der Regierungspartei. Die Oppositionsparteien hingegen machen Vorbehalte: Alle diese Veränderungen sind vor allem dem Widerstand des Volkes gegen die Junta zu verdanken. Die Kommunistische Par-



tei Griechenlands (KPG), die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK), die anderen demokratischen Parteien und Organisationen lenken die Aufmerksamkeit auf die Inkonsequenz und Lauheit der Regierung bei der Demokratisierung. Die Oppositionskandidaten erinnerten im Wahlkampf daran, daß im Staatsapparat, in der Armee, Polizei und im Sicherheitsdienst noch viele Anhänger und ehemalige Handlanger der Junta geblieben sind. Daran, daß der 1974 versprochene Prozeß gegen die Drahtzieher des Putsches auf Zypern, der von Juntaagenten inszeniert wurde und das Vorspiel der zyprischen Tragödie war, nicht stattfand. Daran, daß rechtsradikale Elemente und Monarchisten Morgenluft wittern, daß ihre Bewegungen und „Parteien“ organisatorische Gestalt annehmen. Selbst die bürgerliche Demokratische Zentrumsunion kritisiert die Regierung wegen ihrer Versuche, die Rechte der Opposition zu beschneiden, wegen ihres autoritären Stils und der Schmälerung demokratischer Rechte.

Die Regierung hält sich die Belebung der griechischen Wirtschaft zugute, die durch das uneingeschränkte Schalten und Walten der Diktatoren an den Rand des Bankrotts gebracht worden war. Sie verweist auf höhere Einnahmen im Tourismus und in der Schifffahrt, auf die zunehmenden Geldeinlagen in den griechischen Banken, auf die Verwirklichung einer Reihe industrieller Projekte. Die Opposition, einschließlich der bürgerlichen Parteien und selbst der rechtsradikalen Partei der nationalen Vereinigung, spricht davon, die Regierung sei unfähig, der

Inflation Herr zu werden, und davon, daß sich seit 1974 die Lebenshaltungskosten fast verdoppelt haben, daß der Kapitalzufluß in die Industrie zurückgeht. Die KPG, die PASOK und andere Parteien wehren sich entschieden gegen die Versuche der Regierung, die Hauptlast der Wirtschaftskrise den Werktätigen aufzubürden, gegen die Absicht, Hellas in die EG zu bugsieren.

In außenpolitischen Fragen stehen sich Regierung und Opposition hart gegenüber. Die Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit wurden im Wahlprogramm der KPG am umfassendsten und deutlichsten formuliert. Die Kommunisten rufen zu einer Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Staaten auf, zu einer selbständigen, von der NATO losgelösten Politik. Die KPG verlangt eine Auflösung der amerikanischen und der NATO-Stützpunkte in Griechenland, keine weitere Teilnahme an Manövern des Nordatlantikpakts und den vollständigen Austritt aus diesem Block. Die Partei tritt für eine Beendigung des Wettrenns ein, das die griechische Wirtschaft schwer belastet. Die Kommunisten bekunden erneut ihre Unterstützung für den gerechten Kampf des Volkes von Zypern um die Unabhängigkeit und Einheit seiner Heimat und sprechen sich für eine internationale Zypernkonzferenz im Rahmen der UNO aus. Der Wahlkampf hat den zunehmenden Einfluß der Kommunisten demonstriert.

Besonders deutlich wurde das auf einer Großkundgebung von 500 000 Werktätigen in Athen. „Die lebendigen Wurzeln unserer Bewegung sind so tief und stark“, sagte mir der Erste Sekretär des ZK der KP Griechenlands, Charilaos Florakis, gleich nach der Kundgebung, „daß jene, die schon seit langem versuchen, sie aus der Mitte des Volkes zu reißen, das nicht vermögen und nicht vermögen werden!“

15 Parteien beteiligten sich an den Parlamentswahlen vom 20. November. Die weitaus meisten verlangten spürbare Änderungen in der Innen- wie in der Außenpolitik des Landes. Die Regierungspartei Neue Demokratie verteidigte den alten, nur wenig veränderten Kurs. „Ich werde die Politik, die ich bisher verfolgt habe, fortführen“, erklärte Ministerpräsident Karamanlis auf der letzten Wahlkundgebung in Athen am 18. November.

Die Auszählung der Stimmen dauerte den ganzen Montag. Am

Morgen des 22. November wurden die Wahlergebnisse von 12 987 Wahlbezirken (insgesamt 13 115) bekanntgegeben. Das Endergebnis steht im Grunde fest, da die Ergebnisse der verbliebenen Bezirke die Verteilung der Stimmen und erst recht der Parlamentssitze schon nicht mehr wesentlich ändern können.

Als Sieger ging also die Neue Demokratie hervor — wie 1974. Allerdings erhielt sie diesmal nicht 54,37 %, sondern nur 41,88 %. Fast jeder vierte Wähler, der dieser Partei vor drei Jahren die Stimme gegeben hatte, verweigerte ihr jetzt das Vertrauen. Doch trotzdem hat die Regierungspartei mit Hilfe des vor den Wahlen von ihr selbst angenommenen Wahlgesetzes (die Oppositionsparteien stimmten dagegen) auch diesmal die meisten Sitze erhalten — 174 von 300 Mandaten im griechischen Parlament. Auf den zweiten Platz rückte die Panhellenische Sozialistische Bewegung, die 25,31 % und 91 Sitze auf sich vereinte.

Bedeutend verbesserten sich die Positionen der KPG. Während sie früher über fünf Mandate verfügte, kann sie jetzt elf Kandidaten ins Parlament entsenden. Für sie stimmten etwa eine halbe Million Wähler — 9,29 %. Ohne das antidemokratische Wahlgesetz hätte die KPG 28 Mandate erhalten.

Ein Block aus fünf Parteien, die gemeinsam aufgetreten waren, erhielt 2,7 % und zwei Sitze.

Die Wahlergebnisse kann man so formulieren:

Das politische Kräfteverhältnis hat sich wesentlich zugunsten der progressiven, demokratischen Kräfte verschoben, viele Wähler haben rechtsbürgerlichen und zentristischen Parteien die Unterstützung entzogen, Ansehen und Einfluß der KPG nahmen zu.

Bei den Wahlen wagten sich auch rechtsradikale, faktisch juntafreundliche Kräfte wieder auf die politische Bühne. Ein weiteres wichtiges Ergebnis war die Niederlage derjenigen, die unter dem Deckmantel linksextremer Phrasen den antimperialistischen Kampf spalten wollen. Die Niederlage des Fünferblocks hat ein weiteres Mal gezeigt, daß die Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie, Versuche, sich der KP entgegenzustellen, und die Erfindung gewisser „neuer Modelle des Kommunismus und Sozialismus“ keinen Erfolg bringen.

Athen, den 22. November

NZ

STREIFLICHTER

kenden Universitätsmitarbeiter gebeten hatten, die Universität nicht zu betreten. Daily World schrieb, daß Carrillo Telegramme von der streikenden örtlichen Gewerkschaftsorganisation und vom Generalsekretär der KP der USA, Gus Hall, erhalten hatte, die damit rechneten, daß er sich mit den Streikenden solidarisieren würde. Doch er ignorierte nicht nur die Bitte der Gewerkschaft, sondern antwortete nicht einmal auf ihr Telegramm. Unterdes haben sich eingeladene Persönlichkeiten solidarisch geweigert, nach New Haven zu kommen. In einer Erklärung der KP der USA wurde Carrillos Handlung als „grobe Demonstration der Mißachtung gegenüber der amerikanischen Arbeiterklasse und der allgemein anerkannten, elementaren Konzeption der Klassenloyalität“ charakterisiert.

Zu seiner Handlungsweise sagte Carrillo, daß „die amerikanische Gewerkschaftsbewegung nichts getan hat, um die Demokratie in Spanien voranzubringen“. Ein Streikführer, Vincent Sirabella, nannte diese Worte „eine schwache Rechtfertigung für die widerwärtige Handlung, die jemand begehen kann, der theoretisch ein Verteidiger der Gewerkschaften ist“.

■ ITALIEN

Ein neues entsetzliches Verbrechen wurde am 17. November in Genua verübt. Extremisten fügten mit einigen Schüssen dem Führungsmitglied der Regionsorganisation der IKP in Ligurien, Carlo Castellano, schwere Verletzungen bei. Davor hatten die Terroristen Anschläge auf den Leiter der Industriefirma Ansaldo in Genua und auf den stellvertretenden Direktor der Turiner Zeitung Stampa, Carlo Casalegno, unternommen. Ferner kam es zu vielen Überfällen auf Büros der demokratischen Parteien.

Wie die italienische Presse schreibt, sind diese Provokationen Teil einer umfassenden Terrorkampagne, die von reaktionären Kräften entfesselt wurde, um eine Atmosphäre der Angst und der Unsicherheit herbeizuführen, die Öffentlichkeit einzuschüchtern und die Voraussetzungen für die Verhängung des Ausnahmezustandes zu schaffen, was das politische Leben nach rechts abdrängen würde.

Die Umtriebe der Reaktion stoßen

Wieder Angriffe im Süden

Von unserem Sonderkorrespondenten
Wladimir SCHELEPIN

Bis zu den israelischen Angriffen am 9. November hatte im Süden Libanons offiziell Feuereinstellung geherrscht. Sie war vor gut einem Monat nach blutigen Kämpfen ausgerufen worden. Die Front jedoch blieb Front an der ganzen 107 Kilometer langen libanesisch-israelischen Grenze.

Wir verließen Beirut in Richtung Süden an einem kühlen regnerischen Morgen in einem klapprigen Peugeot. Meine Begleiter Khashem und Laila, die in den nationalpatriotischen Kräften kämpften, erzählten auf der Fahrt von den Schlachten, die hier im vergangenen Jahr um buchstäblich jede Ortschaft geführt worden waren. Da ist zum Beispiel die kleine Stadt Damour, 20 Kilometer südlich der Hauptstadt. Sie war von der Hälfte ihrer Einwohner verlassen worden, die sich vor Bombenangriffen und Beschuss in Sicherheit bringen wollten. Inzwischen sind viele zurückgekehrt. Weiter ließen sich hier Hunderte palästinensische Familien aus dem vernichteten Flüchtlingslager Tell-El-Zaatar nieder. Die nächste Stadt ist Salda, wo ebenfalls gekämpft wurde, jetzt aber interarabische Friedenstruppen stationiert sind. Wir überqueren den schmalen Fluß Litani und fahren bald darauf in Tyr ein.

Die Stadt hat sich noch nicht wieder vom Bürgerkrieg erholt. Überall Spuren der Zerstörung, häufig gibt es Schwierigkeiten mit der Strom- und Wasserversorgung. Dennoch machte sie Ende Oktober einen durchaus zivilen Eindruck. Die Stra-

ßen waren belebt, Geschäfte und Werkstätten geöffnet, im Hafen, wo die Masten vor einiger Zeit von den Israeli versenkter Schiffe aus dem Wasser ragten, machten sich Fischer zu schaffen. Niemand in Tyr hatte den entsetzlichen Angriff vom 9. November erwartet. Dutzende friedliche Bewohner kamen durch die israelischen Bomben um. Hunderte Familien, eben dabei, ihr friedliches Leben wieder einzurichten, verloren ihr Heim.

Die israelische Propaganda will der Öffentlichkeit heute auf alle Weise einreden, der Schlag habe sich ausschließlich gegen palästinensische Truppenlager gerichtet, und zwar als „Gegenrepressalie“. In der Information, die Libanon offiziell dem UNO-Sicherheitsrat am 10. November zustellte, wird jedoch darauf hingewiesen, daß nach dem Angriff auf Tyr und andere Ortschaften Südwest-Libanons die Rettungsdienste 60 Tote und 120 Verwundete festgestellt hatten, die alle libanesischer Nationalität waren. Insgesamt sind im Süden des Landes mehr als 120 friedliche Bürger ums Leben gekommen.

Kehren wir jedoch zu Ende Oktober zurück, da noch alles ruhig war. Von Tyr fuhren wir durch eine hügelige Landschaft entlang dem Litani, wo der Fluß die israelische Grenze am nächsten berührt. Läßt man die tiefen Bomben- und Geschößtrichter außer acht, war es eine friedliche Gegend. Wir begegneten Hirten mit Ziegen- und Schaffherden, in den meisten Dörfern beschäftigten sich

die Bewohner in ihren Häusern oder auf den Feldern.

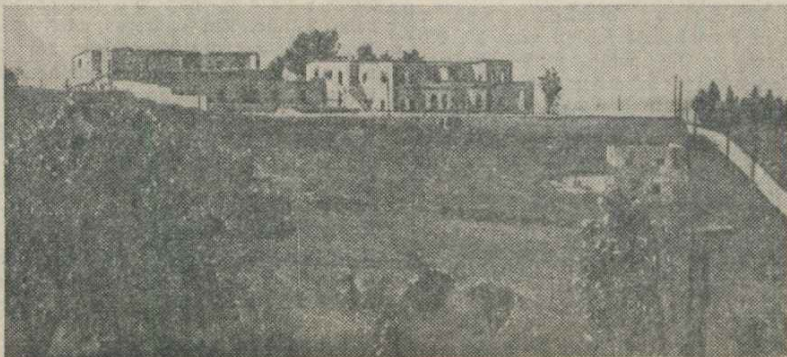
Unser Peugeot kletterte einen Hügel hinauf, schoß dann steil bergab und hielt vor einem halbzerstörten Haus. Wir kamen in das Dorf Taibé, das von seinen Einwohnern verlassen und von Geschossen zermalmt worden war. Hier befindet sich eine der vordersten Stellungen der nationalpatriotischen Kräfte und der PLO. Der hundert Meter lange Straßenabschnitt, den wir rasch durchfuhren, ist für den Gegner gut einzusehen und wird ununterbrochen mit Artilleriefeuer belegt.

Hinter der Schanze, wo eine Bazooka und einige MGs stehen, ist der Gegner mit bloßem Auge auszumachen. Bis zum Gipfel des benachbarten Hügels sind es ungefähr anderthalb Kilometer. Er wird von Truppen der konservativen Kräfte kontrolliert, deren Kern Gruppen der Kataeb-Partei bilden. Weiter rechts, etwa 2 Kilometer entfernt, liegt ein anderer Hügel. Über ihn verläuft die Grenze zu Israel. Von dort aus sind die Rohre weittragender Geschütze und Panzer auf die libanesischen Dörfer gerichtet. Sie sind stets bereit, die Grenze zu verletzen und ihren Verbündeten, den Falangisten, zu Hilfe zu kommen. Von dort und von anderen gleichartigen Stellungen flogen in der ersten Novemberhälfte Geschosse auf die Frauen, Kinder und Greise von Hiam und Nabatiye. Auch danach erklärte der israelische Generalstabschef Gur unverschämt: „Wir sind nicht der Ansicht, daß die Feuereinstellung nicht mehr gilt.“

In den südlichen Gebieten Libanons traf ich mit hohen Militärbefehlshabern der nationalpatriotischen Kräfte, mit Kommandeuren der PLO, mit Soldaten von Kompa-

Feuerstellung (Bild links). Taibé — ein totes Dorf

Fotos des Verfassers



nien zusammen, die aus Anhängern verschiedener Parteien der progressiven Front bestanden. In all diesen Begegnungen gewann ich die völlig eindeutige Meinung: Diese Menschen sind überzeugt, daß sie für eine gerechte Sache kämpfen, und werden ohne ihre gerechte Regelung die Waffen nicht strecken.

Welche Möglichkeiten bestehen für eine solche Regelung?

Wie unterschiedlich auch die dazu in Libanon und im Ausland geäußerten Ansichten sein mögen, die meisten sind sich einig, daß das Problem Südlibanon von Israel geschaffen wurde. Denn Israel hatte sich das Recht genommen, friedliche libanesische Bürger für jegliche Kampffraktion zu „bestrafen“, die von palästinensischen Widerstandskämpfern in Israel oder gegen Israel unternommen werden. Dabei hat niemand anders als die Zionisten den Palästinensern Haus und Hof genommen und sie gezwungen, in anderen Ländern Zuflucht zu suchen.

Tatsächlich haben in Libanon viele Palästinenser Asyl gefunden. Manche nennen die Zahl 300 000, andere, so *Time*, 250 000. Im allgemeinen sind das unbewaffnete Menschen, die auf UNO-Kosten in die Flüchtlingslager in den Städten und Dörfern im Land eingewiesen werden. Allerdings gibt es in Südlibanon auch bewaffnete Kräfte der PLO. Ihre Präsenz wird durch die Kairoer Abkommen aus dem Jahr 1969 geregelt, denen zufolge palästinensische Truppenlager im Raum von Arkub am Berg Hermon sowie an einigen anderen Punkten des zentralen Teils der Grenzzone existieren können.

Das jedoch wollte Israel nicht hinnehmen, das schon viele Jahre hindurch die Dörfer Südlibanons beschießt. Die schwache libanesische Armee war niemals in der Lage, diese Aggressionsakte abzuwehren. In den letzten zweieinhalb Jahren hatte obendrein eine Regierungsarmee praktisch nicht mehr bestanden. Die Rechtskräfte hielten deshalb die Situation für günstig, um das Land von der arabischen antizionistischen Front zu isolieren und über die Palästinenser herzufallen, die angeblich daran Schuld seien, daß friedliche libanesische Bauern durch israelische Geschosse den Tod finden.

Gegenwärtig befinden sich in vielen Siedlungen entlang der Grenze zu Israel, die vorwiegend von libanesischen Christen bewohnt werden, nach israelischen Presseangaben etwa 3000 Soldaten der Falangisten,

die von 400 Offizieren und Soldaten der ehemaligen libanesischen Armee unterstützt werden. Ihre Stützpunkte hängen gewissermaßen an der Nabelschnur Israels, das sie ganz offen mit Waffen und allem Notwendigen ausrüstet. Ihr Anführer Major Saad Khaddad aber gibt Journalisten auf israelischem Boden Interviews. Übrigens hat der Parteichef der Kataeb Pierre Gemayel rund heraus erklärt: „Es ist kein Wunder, daß wir mit Israel zusammenarbeiten.“

Im Juli wurden auf einer Konferenz in dem Kurort Chtoura Wege und Mittel zu einer Regelung im Süden beratschlagt. Die einander bekämpfenden Seiten sollen ihre Stellungen räumen, die stattdessen von einer aufzustellenden regulären libanesischen Armee bezogen werden. Die Palästinenser verbleiben in Arkub und an anderen in den Kairoer Abkommen vorgesehenen Punkten. Die nationalpatriotischen Kräfte Libanons haben die Entscheidung von Chtoura gutgeheißen. In Worten akzeptierten auch die Rechten den Plan.

Israel jedoch hat seine eigenen, eher einem Ultimatum gleichenden Bedingungen gestellt: Erstens sollen sich die Palästinenser 20 km von der Grenze, hinter den Litani, zurückziehen, zweitens soll die Grenze zwischen Libanon und Israel offenbleiben und drittens sollen die Falangisten ihre Stellungen entlang der Grenze „zum Schutz der Bevölkerung“ beibehalten. Praktisch verlangen die Rechten, die die Entwaffnung der progressiven Kräfte wollen, das gleiche. Am 10. Oktober erklärte Saad Khaddad vor israelischen Korrespondenten: „Die libanesischen Truppen, die im Süden erwartet werden, sollen die dort befindlichen Christen nicht ablösen, sondern sie verstärken.“

Diese eindeutig unrealistische Haltung sowie die blutigen Aktionen Tel-Avivs von Anfang November bestätigen das Interesse Israels, das das „Problem des Südens“ geschaffen hat, hier noch Öl ins Feuer zu gießen.

Die nationalpatriotischen Kräfte Libanons und die Palästinenser dagegen sind bereit, die Beschlüsse von Kairo und Chtoura einzuhalten. Andererseits sind sie entschlossen, die israelischen Provokationen zurückzuweisen, und glauben, die Lösung des Problems Südlibanon hänge von den Aussichten einer allgemeinen Nahostregelung auf ge-
rechter Grundlage ab.

Beirut—Kairo

NZ

STREIFLICHTER

auf den entschiedenen Widerstand der italienischen Werktätigen. Die drei größten Gewerkschaftsverbände und die demokratischen Parteien haben in Turin einen Generalstreik ausgerufen. Im Stadtzentrum fand eine Massenkundgebung statt. Streiks und Protestdemonstrationen erfaßten auch Genua und andere Städte.

■ WESTAFRIKA

In der Hauptstadt der Republik Guinea-Bissau, in Bissau, fand vom 15. bis 20. November der Parteitag der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln (PAIGC) statt. Diese 1956 gegründete Partei ist jetzt in zwei unabhängigen Staaten an der Macht — in der Republik Guinea-Bissau und in der Republik der Kapverden. Am Parteitag nahmen über 300 Delegierte teil. An ihn war eine Grußbotschaft des ZK der KPdSU gerichtet, in der der Überzeugung Ausdruck verliehen wurde, daß „sich die Beziehungen der Freundschaft und der Solidarität, die sich zwischen unseren Parteien und Völkern herausgebildet haben, auch in Zukunft im Kampf gegen den Imperialismus, für die nationale und soziale Befreiung, für den Weltfrieden festigen werden“. Unter den Gästen waren Parteidelegationen aus vielen Ländern, u. a. eine Delegation der KPdSU unter dem Mitglied des ZK der KPdSU, dem ersten Sekretär des ZK der KP Kirgisien, Turdakun Ussubalijew.

Im Rechenschaftsbericht des Obersten Kampfrates der PAIGC erklärte der Generalsekretär Aristides Pereira u. a.: Das Volk von Guinea-Bissau wird nie vergessen, daß das Sowjetvolk, die KPdSU in den schwersten Jahren des Freiheitskampfes den Patrioten von Guinea-Bissau selbstlos geholfen haben. Er sprach den sozialistischen Ländern, vor allem der Sowjetunion, tiefen Dank für den großen Beitrag zum Sieg des Volkes von Guinea-Bissau aus.

Der Parteitag bestätigte den Rechenschaftsbericht des Obersten Kampfrates der PAIGC, nahm ein neues Parteistatut an, wählte die Leitungsorgane und verabschiedete eine allgemeine Resolution. Als PAIGC-Generalsekretär wurde Aristides Pereira wiedergewählt.

Unausgeglichene Bilanz der SPD

Von unserem Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hatte ironisiert, die Schar der Journalisten übertreffe mit 1400 auf dem SPD-Parteitag die Zahl der Delegierten (435) bei weitem. Jeder aber wußte, daß das erhöhte Interesse der Presse an dieser Zusammenkunft der führenden Regierungspartei schon seine Gründe hatte. Wie der vor einer Woche in Kiel abgehaltene Parteitag der Freien Demokraten sollte auch der Hamburger SPD-Parteitag außer der Debatte parteiinterner Fragen eine Zwischenbilanz der Koalitionsarbeit ziehen und den Weg für die Zukunft abstecken.

Bei den Bundestagswahlen im Oktober v. J. hatten die Koalitionsparteien nur einen knappen Sieg davontragen können. Kaum ans Werk gegangen, mußte sich die Regierung mit ernstlichen Schwierigkeiten in der Wirtschaft auseinandersetzen. Bis zum Frühjahr war klar geworden, daß das industrielle Wachstum nicht einmal jene recht bescheidenen Grenzen erreichen würde, mit denen Experten gerechnet hatten. Die Arbeitslosenmarke pegelte sich auf eine Million ein. Und während noch vor kurzem viele geneigt waren, das zwar als unangenehm, aber doch eben nur vorübergehend zu betrachten, ist heute allen klar, daß es sich hier um eine Dauererscheinung handelt. Der Versuch, die Finanzen durch einen Griff in die Rentenkassen in Ordnung zu bringen, löste unter dem größten Teil der Bevölkerung merkliche Unzufriedenheit aus.

Zu Sommerbeginn war die Atmosphäre derartig geladen, daß in der Presse von einem möglichen Rücktritt der Regierung die Rede war. Diese Gerüchte gewannen durch die periodisch auftretenden Differenzen innerhalb der Koalitionsparteien, manchmal auch zwischen ihnen, noch an Nahrung. Weiter kompliziert wurde die Situation durch die Terrorakte der Anarchisten und die Versuche der Reaktion, sie zum Anlaß für Angriffe auf die Koalition zu nehmen.

Die meisten dieser Probleme existierten zu Beginn des SPD-Parteitages weiter. Allerdings war von einem Regierungsrücktritt nichts

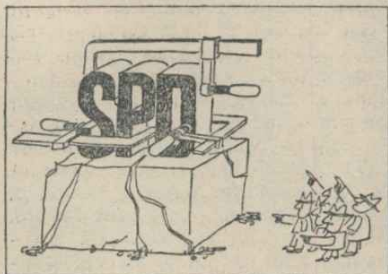
mehr zu hören. Verschiedene Faktoren hatten dazu beigetragen, daß die Koalition ihre Stellung in allerjüngster Zeit festigen konnte. Darunter wird z. B. das Verhalten der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Terroristen genannt. Andererseits hat sich die Opposition (in der übrigens ununterbrochen innerer Zank herrscht) in dieser Zeit durch die eindeutig arbeiterfeindliche und antidemokratische Landespolitik und die völlig unrealistische Auffassung internationaler Probleme so sehr diskreditiert, daß sich die Zweifel an ihrer Regierungsfähigkeit wesentlich verstärkten.

Das war die allgemeine politische Kulisse, vor der am 15. November im größten der 17 Säle des Hamburger Congress-Centrums das Forum der größten bundesdeutschen Partei begann. Man hätte annehmen können, die Fülle der wirtschaftlichen und innenpolitischen Probleme sowie ihre Schärfe werde Fragen der Außenpolitik ins Hintertreffen geraten lassen. Das geschah jedoch nicht. Einer Tradition der SPD entsprechend, reichen die Grundorganisationen vor einem Parteitag dem Parteivorstand Resolutionsentwürfe zu verschiedenen politischen Fragen ein. Diesmal waren es 893 geheftete Seiten, die jedem Delegierten in Hamburg übergeben wurden. Ein bedeutender Teil der Resolutionen galt der Definierung des Weges zur weiteren Festigung der Entspannung, der Gewährleistung von Sicherheit und Frieden. Wie sehr sich die arbeitende Bevölkerung der Bundesrepublik über die vordringliche Bedeutung dieser Fragen im klaren ist, fand auf dem Parteitag seinen unzweideutigen Ausdruck. Willy Brandt betonte in seiner Rede: „Ohne Sicherung des Friedens brauchten wir über Menschenrechte und sozialen Fortschritt nicht mehr zu reden.“

In seiner Auseinandersetzung mit der Opposition zog Bundeskanzler Schmidt in gedrängter Form eine außenpolitische Bilanz. Hätte in all diesen Jahren die CDU/CSU regiert, sagte er, sähe die Lage der Bundesrepublik völlig anders aus. Erstens wäre die Bundesrepublik das fast einzige Land in der Welt, das nicht

der UNO angehörte. Zweitens wäre sie das einzige Land in Europa, das die Schlußakte von Helsinki nicht unterschrieben hätte. Drittens besäße sie keine diplomatischen Beziehungen zu den meisten osteuropäischen Staaten.

Einmütige Billigung der Delegierten fanden die Worte des Kanzlers in bezug auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Hier ein Auszug aus dem Parteitagsprotokoll: „Um die Fortsetzung der Entspannungspolitik wird es auch bei meinen kommenden Gesprächen mit dem sowjetischen Generalsekretär gehen. Bei allen Auffassungsunterschieden, die uns trennen, möchte ich eines



Die SPD im Schraubstock der wirtschaftlichen und politischen Probleme

Zeichnung aus „FAZ“

sagen: Wir haben in Leonid Breschnew einen Gesprächspartner, der unbezweifelbar mit uns die Überzeugung teilt, daß die Erhaltung des Weltfriedens Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben hat. (Beifall.) Der beiderseitige Wille zum Frieden ist eine tragfähige Grundlage für eine auf Dauer angelegte, gesicherte Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Ich sehe hier eine über dieses Jahrhundert hinausgehende Aufgabe deutscher Außenpolitik. (Beifall.)“

Starke Beachtung galt als einem der wichtigsten Probleme von heute der Abrüstung. Doch während keiner der Delegierten Zweifel an ihrer Notwendigkeit äußerte, gab es in den Beschlüssen des Parteitages dazu nicht wenig Widersprüchliches und Inkonsequentes. So hatten die Grundparteioorganisationen in vielen Resolutionen verlangt, der Parteitag solle eindeutig die Neutronenwaffe verurteilen und einen Beschluß fassen, der ihrer Herstellung und La-

gerung in der Bundesrepublik entgegenwirke. Das Ergebnis allerdings war eine Resolution, die lediglich dazu aufrief, „die politischen und strategischen Voraussetzungen dazu zu schaffen, daß eine Lagerung der Neutronenwaffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht notwendig wird“. Der Delegierte Meinike forderte mehr Aktivitäten in diesem Bereich und sagte: „Ist da nicht der Widerspruch, daß Sozialdemokraten von Abrüstung und von Friedenspolitik sprechen, aber nichts unternehmen, um das wahnsinnige Rüstungsgeschehen auch in diesem Lande einmal zu unterbrechen...?“

Zu dem für die Bundesrepublik hochaktuellen Problem des Baus von Kernkraftwerken wurde ein Kompromiß erzielt, der einen endgültigen Beschluß hinausschiebt. Das Problem besteht darin, daß die großen Konzerne auf die Umsetzung eines forcierten Bauprogramms für Kernkraftwerke drängen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß Millionen Tonnen Kohle auf Halde liegen. Der SPD-Parteitag entschied sich dafür, der Erschließung der Kohlereserven den Vorzug zu geben, wies aber die Pläne der Konzerne nicht endgültig zurück.

Auch zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit fand der Parteitag keine konkrete Antwort. Das konnte er auch nicht, da die SPD-Führung diese Frage vom Standpunkt der „Sozialpartnerschaft“ anging. Dabei ist bekannt, daß der provokatorische Versuch der Konzerne, die Rechte der Arbeiter in den Betrieben noch weiter zu beschneiden, unlängst dazu geführt hatte, daß sich die Gewerkschaften demonstrativ weigerten, an der sogenannten konzertierten Aktion teilzunehmen, einer eingebürgerten Beratung von Gewerkschaftsvertretern mit Regie-

rungsmitgliedern und Repräsentanten der Unternehmensverbände.

An einem Sitzungstag erschien vor einer der streng bewachten Türen zum Congress-Centrum eine kleine Gruppe, die bat, den Delegierten verschiedene Dokumente übergeben zu dürfen. Es handelte sich um Opfer der Berufsverbote. Zwei Bundesbahner, ein Lehrer, ein Ingenieur und ein Wirtschaftsfachmann waren wie viele andere Bundesbürger nur deshalb entlassen worden, weil sie fortschrittlichen politischen Überzeugungen anhängen. Sie wurden nicht eingelassen, aber dennoch konnte der Parteivorstand dieses Problem nicht ausklammern: 16 auf dem Parteitag registrierte Resolutionsentwürfe verlangten, der Praxis der Berufsverbote sofort ein Ende zu setzen. Nach langen Debatten blieb in den Parteitagebschlüssen ein Absatz erhalten, daß es immer noch Bürgern wegen ihrer politischen Überzeugung unmöglich gemacht wird, ein Beamtenverhältnis einzugehen.

Der Parteitag bekräftigte das Bündnis mit der bürgerlich-liberalen FDP. Beachtet man dabei, daß auf dem kürzlichen FDP-Parteitag in Kiel ebenfalls unterstrichen wurde, man wolle trotz der Meinungsverschiedenheiten in einigen Fragen der Wirtschaftspolitik die Bindung zur SPD festigen, läßt sich von einer gewissen Stärkung der sozial-liberalen Koalition sprechen. Die Freien Demokraten hatten auch ihren Wunsch hervorgehoben, die Entspannungspolitik weiter zu fördern. Außer anderem ist es vor allem dieses Prinzip, das schon mehr als acht Jahre ein wichtiges Element für das enge Zusammengehen der beiden Regierungsparteien bildet.

Hamburg—Bonn, am 21. November

IM SCHUTZE DER DUNKELHEIT

Fünf Bundestagsabgeordnete brachten eine Gedenktafel an, die an die Greuelthaten der SS erinnert. Das wäre nicht weiter ungewöhnlich, wenn es nicht bei Nacht geschehen wäre.

Diese Tafel wurde nach dem Kriege an Schloß Wewelsburg angebracht, das in der Nazizeit der SS als „Ordensburg“ gedient hatte und als Residenz für Himmler vorgesehen war. In dem nahegelegenen Konzentrationslager wurden Antifaschisten zu Hunderten umgebracht. 1973 entfernte der Verwalter des Schlosses die Tafel jedoch als „unpassend“, und die christlich-

demokratische Mehrheit im Kreistag gab ihm recht.

Daraufhin entschlossen sich mehrere sozialdemokratische Abgeordnete zu folgendem ungewöhnlichem Schritt: Sie installierten bei strömendem Regen im Schutze der Dunkelheit an der Wewelsburg eine neue Gedenktafel, die die Lebenden mahnt, die Opfer der Nazidiktatur nicht zu vergessen. So traurig es auch sein mag: Bei Tageslicht ist es in der BRD riskant, antifaschistische Aktionen zu unternehmen — selbst für Abgeordnete.

B. L.

NZ

STREIFLICHTER

USA—IRAN

Kürzlich stattete Schah Mohammed Resa Pehlewi den USA einen offiziellen Besuch ab. Ein Hauptziel des Besuchs war, wie der Schah sagte, die Verhandlungen über weitere Lieferungen neuester amerikanischer Waffen, u. a. von 140 F-16-Düsenjägern, zu beschleunigen.

Der Iran gehört zu den größten Waffenimporteuren. Allein im Finanzjahr 1977 hat der Iran Kontrakte über den Ankauf amerikanischer Waffen für mehr als 5 Md. Dollar geschlossen. Die USA sagten dem Iran zu, daß auch in Zukunft große Waffenpartien geliefert werden. Der Iran erklärte seinerseits, er werde auf der OPEC-Konferenz im Dezember nicht die Initiative zu Ölpreiserhöhungen ergreifen und bei diesen Verhandlungen eine abwartende Position einnehmen. „Wir wollen anderen Ländern die Möglichkeit geben, sich hierzu zu äußern“, sagte der Schah.

IAEA

Vom 15. bis 18. November fand in Lusaka eine Konferenz der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) statt, die sich mit den Uranlagerstätten in Afrika befaßte. An ihr nahmen Wissenschaftler aus vielen afrikanischen und anderen Ländern teil, u. a. aus Österreich, Bulgarien, der CSSR, Frankreich, der BRD, England und den USA.

Der Premierminister Sambias, Mathias Chona, rief in einer Rede zum Abschluß der Konferenz die Staaten Afrikas auf, die Bemühungen bei der Förderung und Prospektierung der energetischen Rohstoffe zu vereinen, was sich positiv auf ihre Wirtschaft auswirken kann. Die afrikanischen Länder, sagte er, verfügen über große Uranvorkommen. Doch ihre technischen und finanziellen Möglichkeiten erlauben es ihnen gegenwärtig nicht, die Nutzung dieser Ressourcen in Angriff zu nehmen. Er forderte die afrikanischen Länder zu einer engen Zusammenarbeit auf, u. a. dazu, ein Regionalzentrum für die Uranverarbeitung auf dem Kontinent zu schaffen.

Chona betonte, daß das Rohuran ausschließlich friedlich genutzt werden dürfe.

PRÄSIDENT DAUD: VIER JAHRE REPUBLIK

Der Präsident der Republik Afghanistan, Mohammed Daud, gab dem NZ-Sonderkorrespondenten Alexander Ignatow ein Interview in Kabul.

Herr Präsident, was sind Ihrer Meinung nach die größten Erfolge Afghanistans nach der Errichtung der republikanischen Ordnung im Land?

Es ist wohl kaum zu erwarten, daß die neue Ordnung in den vier Jahren seit der Revolution die Rückständigkeit überwinden und so schnell die Bedürfnisse des Landes und des Volkes befriedigen kann. In dieser Zeit hat sich jedoch die republikanische Ordnung gefestigt, eine Grundlinie in Politik, Wirtschaft und im gesellschaftlichen Leben des Landes herausgebildet und ein Siebenjahrplan wurde aufgestellt, mit dessen Verwirklichung 1976 begonnen wurde. Auch eine Reihe von Gesetzen für Umgestal-

tungen wurde verabschiedet, die Banken und das Versicherungswesen wurden verstaatlicht, Gesetze über die Bodenreform und eine Reform des Bildungswesens, ein Programm für die Entwicklung des Gesundheitswesens, eine republikanische Verfassung, ein Zivil- und ein Strafgesetzbuch sowie ein Bankengesetz traten in Kraft. Eine Institution für die Verwaltungsreform wurde gebildet, andere wichtige Gesetzesvorlagen wurden erarbeitet, die jetzt von Ausschüssen behandelt und dann gleichfalls verabschiedet werden.

Mit welchen wirtschaftlichen Problemen ist die Republik heute konfrontiert?

Afghanistan steht als Kontinental-



land, das zu den am schwächsten entwickelten Staaten gehört, vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Natürlich kann man durch die Aufstellung realistischer Grundprinzipien gewissermaßen die Voraussetzungen für eine unaufhaltsame und richtige sozialökonomische Entwicklung schaffen. Ich bin mit den

ALLE SPRITZEN STEHEN STILL

... Ein Novemberabend am Piccadilli Circus. Die Neonreklame leuchtet in allen Farben, und die Schaufenster der exklusiven Geschäfte an diesem Platz im Zentrum Londons sind hell erleuchtet. Doch plötzlich wird es zappenduster. Durch die Fenster irt Kerzenschein.

Fast drei Wochen lang wurde mal in dem einen, mal in dem anderen Viertel Londons für einige Stunden der Strom abgeschaltet. Durch den Ampelausfall kam es zu Verkehrsstockungen, Fahrstühle blieben stecken, und so mancher mußte auf eine warme Mahlzeit verzichten. Das Licht erlosch im Parlament, in der Residenz des Premierministers, in den Ministerien und anderen Regierungsgebäuden von White Hall. Ähnlich sah es auch in anderen Städten Großbritanniens aus, nachdem die Kraftwerksarbeiter, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen verlangen, mit „Dienst nach Vorschrift“ begannen.

Der internationale Flughafen Heathrow. Die Passagiere stellen er-

staunt fest, daß niemand ihr Gepäck kontrolliert. Die Zollbeamten streiken. Zuvor hatte ein Fluglotsenstreik den Verkehr lahmgelegt.

Von Tag zu Tag nehmen die Klassenschlachten in Großbritannien an Härte zu. Immer neue Trupps der Werktätigen verlangen Lohnerhöhungen, einen Preisstop und wirksame Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. In den ersten neun Monaten d. J. hat sich die Zahl der Streiks gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Das ist nur zu verständlich: Die zwei Jahre der „freiwilligen“ Lohnbeschränkungen, die die Labourregierung den Gewerkschaften im Rahmen des sogenannten Sozialkontraktes aufgezwungen hat, führten zu einem starken Abstieg des Lebensstandards.

Trotzdem betonte Premierminister James Callaghan in seiner Rede bei der Eröffnung der neuen Parlamentstagung, die Regierung werde sich strikt an die Begrenzung der Lohnerhöhungen auf 10% halten und den Gewerkschaften

keinerlei Zugeständnisse machen. Kein Wunder, daß eine solche Haltung Unterstützung bei den Bossen und der bürgerlichen Presse findet.

Auf der ersten nationalen Konferenz des Verbandes der britischen Industrie Mitte November wurden die Gewerkschaften scharf kritisiert. Dort wurden Forderungen laut, Solidaritätsstreiks zu verbieten und das Recht der Gewerkschaften zu beschränken, Streikposten vor den Betrieben aufzustellen. Die Arbeiter, die auf Lohnerhöhungen bestehen, wurden heuchlerisch des Egoismus und der Mißachtung der nationalen Interessen bezichtigt. Die Bosse genierten sich nicht einmal, an die Regierung zu appellieren, die Kontrolle über die Preise und den Kapitalexport vollständig aufzuheben und die Steuern für die Spitzenverdiener zu senken.

Doch weder der Druck der Regierung noch das Manövrieren der Unternehmer noch die Verleumdungskampagne der bürgerlichen Presse haben die Entschlossenheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen eine Politik erschüttern können, die die Interessen der Werktät-

bisherigen Resultaten des Siebenjahrplans zufrieden und sehe optimistisch seinen Endergebnissen entgegen. Doch die ungerechten Wirtschaftsbeziehungen in der heutigen Welt wirken sich negativ auf die sozialökonomische Entwicklung Afghanistans aus. Wie andere Entwicklungsländer tritt auch unser Staat aktiv dafür ein, daß eine neue, gerechte und Vertrauen erweckende Wirtschaftsordnung das jetzige System wirtschaftlicher Beziehungen ablöst.

In weniger als zwei Jahren werden unsere Länder den 60. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen begehen. Wie schätzen Sie die heutigen sowjetisch-afghanischen Beziehungen und ihre Aussichten ein?

Afghanistan und die Sowjetunion haben seit der Herstellung diplomatischer Beziehungen stets in Frieden gelebt. Ihre Beziehungen gründen sich stets auf die Prinzipien der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens, der guten Nachbarschaft, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen. Afghanistan macht von der

Hilfe der befreundeten Sowjetunion für seine wirtschaftliche Entwicklung Gebrauch. Ich hoffe, daß diese Freundschaft und die uneigennützig Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Die sowjetischen Menschen empfinden Sympathie für den progressiven außenpolitischen Kurs Ihres Landes. Welche internationalen Probleme sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten und wie ist die Haltung Ihrer Regierung zu ihnen?

Die wichtigsten Weltprobleme sind meines Erachtens: Die Festigung des Friedens und die Ausweitung der Entspannung auf alle Regionen, damit alle großen wie kleinen Länder in gleichem Maße an ihrer Verwirklichung teilnehmen; die Einstellung des Wettrüstens sowie die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle; die restlose Liquidierung des Kolonialismus und der verschiedenen Formen des Imperialismus sowie die Errichtung einer neuen Wirtschaftsordnung, die auf Gerechtigkeit und Gleichheit basiert. Wir hoffen ferner, daß eine gerechte und endgültige Lösung des Nahostproblems gefunden wird, das eine

große Bedrohung für den Frieden darstellt — und das auf friedlichem Wege, durch den Abzug der israelischen Truppen aus den arabischen Gebieten und die Wiedereinsetzung des Volkes von Palästina in seine legitimen Rechte einschließlich des Rechtes auf die Bildung eines unabhängigen nationalen Staates, bei gleichberechtigter Teilnahme der PLO an der Genfer Konferenz. Hierfür ist eine aufrichtige Zusammenarbeit aller Länder der Erde erforderlich.

Wie würden Sie die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution charakterisieren, deren 60. Jahrestag das Sowjetvolk kürzlich begangen hat?

Die Oktoberrevolution ist zweifelsohne ein herausragendes Ereignis in der Geschichte der befreundeten Sowjetunion wie für die heutige Epoche. Aus diesem Anlaß möchte ich mich für eine Fortführung der Freundschaft und der guten Nachbarschaft zwischen Afghanistan und der Sowjetunion aussprechen sowie dem Sowjetvolk und der Führung des großen Nachbarlandes die besten Wünsche übermitteln.

tigen den Monopolen opfert. Das zeigt auch der Streik der Feuerwehrleute, der am 14. November begann — der erste seit 60 Jahren. Ihm gilt jetzt das Interesse der britischen Öffentlichkeit. Die meisten Engländer sind davon über-

zeugt, daß die Forderungen der Gewerkschaft nach einer 30prozentigen Lohnerhöhung gerechtfertigt sind, da — trotz aller Gefahren, die diese Arbeit mit sich bringt — der Lohn der Feuerwehrleute bis heute merklich unter dem Durchschnittseinkommen liegt. Obgleich etwa 60 Labourabgeordnete einen Resolutionsentwurf unterschrieben, der dazu aufruft, die Gewerkschaftsforderungen zu erfüllen, bleibt die Regierung weiterhin unnachgiebig bei einer 10prozentigen Begrenzung der Lohnerhöhungen.

Durch die Mobilisierung von über 10 000 Soldaten zum Löschen der Brände hoffte die Regierung, die Feuerwehrleute schnell wieder zu ihrer Arbeit zurückzubringen. Doch mit der moralischen und materiellen Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung setzen sie den Kampf fort.

Der XXXV. Parteitag der KP Großbritanniens (Mitte November) appellierte an die Gewerkschaften und die ganze Arbeiterbewegung des Landes, den Streik der Feuerwehrleute voll zu unterstützen. Der Generalsekretär der KP Großbritanniens, Gordon McLennan, betonte, daß die tiefe sozialökonomische und politische Krise, die Großbritannien jetzt durchmacht, eine Folge der Politik der Tory- und der Labourregierungen seit dem Kriege ist. Die Krise bedeutet für das Volk neue Opfer, eine noch schwerere Last.

Der XXXV. Parteitag der KP Großbritanniens hat eine neue Fassung des Parteiprogramms „Der britische Weg zum Sozialismus“ gebilligt. Dieses Programm ist nicht nur für den Tageskampf der Werktätigen um ihre Lebensinteressen wichtig. Es bestimmt auch die künftige Entwicklung der Arbeiterbewegung unter der Lösung grundlegender demokratischer und sozialistischer Umgestaltungen in Großbritannien.

W. PAWLOW
Eigenbericht

London, den 21. November

Streikposten vor einer Londoner Feuerwache.
Aus der „International Herald Tribune“ (USA)



VON DER REALITÄT DIKTIERT

Als wichtigen Beitrag zum Verständnis der fortschrittlichen patriotischen Kräfte Chiles untereinander bewertete die Unidad Popular eine unlängst abgegebene Erklärung der Christlich-Demokratischen Partei (CDP) unter dem Titel „Heimat für alle“. Darin spricht sich die CDP für eine breite antifaschistische Bewegung aus, die die Demokratie wiederherstellen soll, und ruft zu konkreten Aktionen gegen die Unterdrückung auf.

Daraus ergibt sich ein wesentlicher Wandel in der Haltung der Christdemokraten, die bisher stillschwiegen, obwohl die Kommunisten und andere Linksparteien sich mehrmals an die CDP gewandt hatten, eine einheitliche antifaschistische Front zu schaffen.

Seinerzeit hatte die Partei recht aktiv die Unidad-Popular-Regierung bekämpft. Wenn sie sich auch nicht unmittelbar an der Vorbereitung des faschistischen Putschs beteiligte, unterstützte sie doch mit ihrer gesamten Politik die extremrechte Reaktion. Die Christdemokraten hatten geglaubt, sie würden wieder ans Ruder kommen, sobald die Regierung Allende stürzt.

Die Sache verlief bekanntlich, und wie eigentlich zu erwarten war, völlig anders. Die Putschistengenerale waren nicht gewillt, ihre Macht mit irgend jemandem zu teilen. Das Land wurde von einer Welle grausamen Terrors erfaßt, der schließlich auch auf die Christdemokraten übergriff. Viele einfache Mitglieder der Partei kamen hinter Gitter. Nach anderen politischen Organisationen wurde dann auch die CDP verboten und ihr Sender geschlossen.

Der stellvertretende CDP-Vorsitzende Jaime Castillo Velasco wurde von Juntaagenten festgenommen, geschlagen und danach des Landes verwiesen.

Die Vogel-Strauß-Politik der „loyalen Opposition“ hat sich in der harten Wirklichkeit als verfehlt erwiesen. Die Logik der Tatsachen hat der CDP dazu verholfen, die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen anzuerkennen.

Das Verständnis aller diktaturfeindlichen Kräfte untereinander ist notwendig und möglich trotz der ideologischen Differenzen zwischen CDP und Unidad-Popular-Parteien. In ihrer jüngsten Erklärung betonte die KP Chiles: „Obwohl wir bestimmte Probleme ver-

schieden auffassen, gibt es doch zumindest eine Frage, in der wir einen gemeinsamen Standpunkt haben und die ausschlaggebend ist: die Wiederherstellung der demokratischen Rechte unseres Volkes.“ Vor allem müsse zunächst die Diktatur zerschlagen werden, danach erst „muß eben das Volk sein Urteil abgeben, darunter auch über die Rolle der politischen Parteien“.

Diese Einstellung der chilenischen Kommunisten erhält immer weitgehendere Unterstützung im Lande.

W. TSCHIRKOW

IN WESSEN INTERESSE

Ein äußerst stürmisches Echo hat die Israelvisite des ägyptischen Präsidenten Sadat vom 19. bis zum 21. November in der arabischen Welt ausgelöst. Noch vor Besuchsbeginn war der ägyptische Außenminister Fahmy aus Protest zurückgetreten, sein Staatssekretär Riad, der nun aufrücken sollte, weigerte sich. Der syrische Präsident Assad äußerte während eines Gesprächs mit Sadat kurz vor der ägyptisch-israelischen Begegnung seine Überzeugung, sie liege weder im Interesse Syriens noch Ägyptens oder anderer arabischer Länder.

Zu heftigen Demonstrationen gegen den Besuch kam es in den von Israel besetzten Städten Cisjordanien Ramallah, Tulkarm und Nablus. In der libanesischen Hauptstadt Beirut protestierten 30 000 Menschen, und das ganze Land wurde von einem zweitägigen Generalstreik erfaßt. Zum „Tag der Volksempörung und der nationalen Trauer“ erklärte die Führung der Nationalen Fortschrittlichen Front Syriens das Datum des Sadat-Besuchs in Jerusalem.

PLO-Chef Arafat erklärte, der Besuch

könne nur dem Zionismus und dem Imperialismus Gewinn bringen. Das Außenministerium der VDRJ stellt in einer offiziellen Erklärung fest, ein solches Treffen zwischen dem ägyptischen Staatsmann und der israelischen Führung trage keineswegs zur Lösung des Nahostproblems bei. Der tunesische Außenminister Chaty wies darauf hin, der Besuchsentschluß bedrohe die Prinzipien der arabischen Solidarität.

In der arabischen Presse kann man lesen, daß hinter den Kulissen dieser Separatbegegnung der führenden Männer Ägyptens und Israels imperialistische Kreise der USA stehen. Das gleiche äußerte in seiner Rede vor der Knesset der Generalsekretär des ZK der KP Israels Vilner. Er verwies darauf, die Begegnung Sadat—Begin sei „in Wirklichkeit nur ein Manöver unter amerikanischer Kontrolle“ und könne nicht zum Frieden beitragen. In einer Erklärung der Nationalen Fortschrittspartei (Linkspartei) Ägyptens hieß es, ein solcher Schritt seitens Ägyptens, der ohne Absprache mit anderen arabischen Staaten unternommen werde, könne zur Schwächung der arabischen Reihen und infolgedessen zu einer Stärkung der unbeugsamen Haltung Israels führen. Das bestätigte sich während des Besuchs, insbesondere auf der Knesset-Sitzung, wo die Staatsmänner Ägyptens und Israels ihre Reden hielten. Die *Washington Post* beurteilte Begins Ansprache als seine Zurückweisung der Vorschläge Sadats Punkt für Punkt, als Bekräftigung des israelischen Anspruchs auf die besetzten Gebiete.

Die arabische Reaktion auf den Sadat-Besuch in Israel hat ein weiteres Mal ergeben, daß der Weg zu einer echten Regelung des Nahostkonflikts nicht über Separatverträge führt, sondern über die Wiederaufnahme der Genfer Friedenskonferenz, die solche Schlüsselprobleme zu lösen haben wird wie den Abzug der israelischen Truppen aus den 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die Gewährleistung der legitimen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina einschließlich seines unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung bis hin zur Bildung eines eigenen Staates sowie die Gewährleistung des Rechts auf unabhängige und gesicherte Existenz und Entwicklung für alle Länder und Völker des Nahen Ostens. Um eine solche Lösung dieser Probleme geht es allen, die wirklich an einem dauerhaften und gerechten Frieden im Nahen Osten interessiert sind.

J. TJUNKOW

„NEUE ZEIT“ 48-77



„Bundeskriminalamt? Hier interessiert sich einer für Böll!“

Aus „Baseler Zeitung“

ACH, WIE HARMLOS DIE LIEBE SICHERHEIT

In einer seiner jüngsten Ausgaben lichtet PARIS MATCH Burschen in forscher Schönheit mit aufgekrempeelten Ärmeln, Tarnanzügen und SS-Runen auf den Schirmmützen ab, die in einem Sonderlager in der Bundesrepublik Deutschland gedrillt werden.



Der Bildtexter allerdings nimmt die Sache auf die leichte Schulter. In seinen Augen sind der neugebackene „Führer“ Hoffmann und seine Bande bloß ein Anachronismus und in gewisser Weise sogar eine harmlose Spielerei. Der Neonazistenführer trage einen Schnurrbart à la Hindenburg, die Ausbildung wird angeblich nach einem noch aus der Weimarer Republik stammenden Programm betrieben, und die Bewaffnung besteht allein aus Mausergewehren aus der Zeit des ersten Weltkriegs.

Seltsam mutet auch der Titel dieser beinahe schon Werbeeinlage an: „Nur 0,4 Prozent Neonazis.“ Diese Angaben hat das Blatt aus einem unlängst zusammengestellten Bericht des Bundesdeutschen Amtes für Verfassungsschutz. PARIS MATCH endet seine Reportage mit einem Auszug aus diesem Bericht: die Neonazis „bilden keinerlei Gefahr...“

Sicher, in der Bundesrepublik hält es mancher für den guten Ton, ehemalige Hitlerleute und das jetzige Nazigeschmeiß in den Himmel zu heben. Doch die Sympathien des PARIS MATCH und seine verharmlosende Haltung lassen sich kaum erklären.

Vielleicht haben die Herren Redakteure vergessen, wie Hitlertruppen in Paris einmarschierten? Haben die Hoffmann-Pimpfe wirklich so wenig Ähnlichkeit mit Soldaten des dritten Reiches?

O. MAXIMENKO

Kein politischer Begriff wurde im Westen in den letzten Jahren so strapaziert wie der von der „nationalen Sicherheit“. Unter seiner Tarnung wurden Kriege entfesselt, militärische Abenteuer eingegangen, Umstürze organisiert, das Wehrtrüsten hochgepeitscht.

Die Zionisten, die ihre Aggression gegen die arabischen Staaten vom Zaune brachen und riesige Gebiete fremden Bodens okkupierten, wobei sie dem Volk von Palästina die Heimat nahmen, wollen der Weltöffentlichkeit immer noch weismachen, das alles liege allein im Interesse der „nationalen Sicherheit“ Israels. Im gleichen Interesse werden auch die aggressiven Ausfälle gegen Libanon eingefädelt.

Unter der gleichen Parole verletzen rhodesische Truppen Grenzen, beschießen und bombardieren sie Gebiete benachbarter afrikanischer Staaten, ermorden sie friedliche Bürger, roffen sie ganze Ortschaften aus.

Besonders häufig aber wird mit diesem Begriff in den USA Mißbrauch getrieben. Die Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki, der Tod Hunderttausender friedlicher Einwohner von Japan, Korea, Vietnam, Laos und anderen Ländern, die Versuche, mit dem sozialistischen Kuba fertig zu werden, der Sturz der Regierung Allende, die Unterstützung der Diktatur- und Rassenregimes in Lateinamerika, Afrika und Asien — all diese und viele andere häßliche Aktionen wollte Washington als Aktionen zum Schutz der Sicherheit des amerikanischen Volkes hinstellen.

Nicht selten wird die „nationale Sicherheit“ in eine Kombination mit der „sowjetischen Gefahr“ gebracht. Dieser Trick wird zur Rechtfertigung des Wehrtrüstens im Westen und der kolossalen militärischen Ausgaben benutzt. Der gemeingefährliche Mechanismus der Kriegsvorbereitungen wird mit dem Propagandaschleier der „nationalen Sicherheit“ verhüllt. Die Militaristen in den USA wollen, so der bekannte Wirtschaftsfachmann John Galbraith, den Amerikanern die Vorstellung von den von Feinden umgebenen USA suggerieren und propagieren den Kult der Gewalt, wobei sie von Jahr zu Jahr steigende Militärbewilligungen herauschlagen. Gaylord Nelson, Senator des Staates Wisconsin, hatte einmal bemerkt: „In unserer Sprache besitzt das Wort von der ‚Nationalen Verteidigung‘ magische Kraft. Man braucht es nur etwas lauter auszusprechen, schon stehen alle Türen offen... Was für eine Verteidigung aber? Gegen wen? Das alles ist völlig unwichtig, die Hauptsache ist, diese Worte werden wie ein Zauberspruch wiederholt.“ Und das werden sie Tag um Tag, Jahr um Jahr.

In dieser Verpackung von Wortgeklänge können die Cruise Missiles und die neuen Trident-U-Boote, die Entwicklung interkontinentaler ballistischer M-X-Raketen und des strategischen FB-11-Bombers denn auch wirklich manchem als notwendiger Preis für die Sicherheit erscheinen.

Auf diese Weise will man zwischen Sicherheit und Wehrtrüsten ein Gleichheitszeichen setzen. Doch hat die Geschichte genügend bewiesen, daß diese Begriffe vollkommen verschieden sind. Nach Angaben von Historikern sind in den letzten 5000 Jahren auf der Welt mehr als 14 500 Kriege entflammt — kleine und große, lokale und globale. Sie haben vier Milliarden Menschenleben gekostet, von den materiellen Verlusten erst gar nicht zu reden. Auf jedes Jahr Frieden kamen 13 Jahre Krieg. Das also war der Preis für die flotte Verpackung der „nationalen Sicherheit“ in Militärkluft und die Versuche, sie auf fremde Kosten zu garantieren.

Niemand will den USA, Israel oder sonst irgend jemandem das Recht auf nationale Sicherheit streitig machen. Dieses Recht haben aber auch arabische und afrikanische und überhaupt alle Staaten. Und während die einen mit dem Begriff „nationale Sicherheit“ jonglieren, obwohl sie keineswegs bedroht werden, trifft er bei anderen den Lebensnerv.

In der Welt von heute, die von den gehorteten Kernwaffen nicht nur einmal aus den Angeln gehoben werden könnte, ist die nationale Sicherheit der einen Völker untrennbar von der Sicherheit anderer und darf nicht den nationalen Interessen, von wem auch immer, geopfert werden. Sie hat aufgehört, ein rein nationales Problem zu sein. Der Frieden ist unteilbar. Unteilbar ist auch die allgemeine Sicherheit. Unter den gegenwärtigen Bedingungen läßt sich eine wirksame nationale Sicherheit nur durch die Politik der friedlichen Koexistenz, durch den Ausbau der Entspannung, den Abbau der Rüstungsarsenale, die Festigung des Vertrauens und der Zusammenarbeit aller gewährleisten.

Wjatscheslaw BOIKOW

BRIEF AUS SAN DIEGO

An Leonid Breshnew schreiben Bürger vieler Länder. Mrs. Gay Lewis aus San Diego (Kalifornien, USA) hat einen Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gerichtet. Mit Erlaubnis der Schreiberin veröffentlichen wir ihren Brief in etwas gekürzter Fassung.

General Secretary Leonid L. Breshnew
c/o Ambassador Anatoli Dobrynin
Russian Embassy
Washington, D. C.

Dear Secretary Breshnew

In your January 18 speech at Tula, you described detente as a relaxation of tension, stating it means, first of all, the overcoming of the Cold War and transition to normal, stable relations among states. Further, it means willingness to resolve differences and disputes not by force, not by threats and saber rattling, but by peaceful means at the conference table. You continued that detente means a certain trust and ability to take into consideration each other's legitimate interests.

You stated it well and in understandable words. Most thinking Americans, I believe, would agree with that opinion and want detente to continue. It is in the spirit of detente that this letter is written to you.

Sehr geehrter Herr Breshnew!

In Ihrer Rede in Tula vom 18. Januar bezeichneten Sie die Détente als Verminderung der Spannungen und sagten, dies bedeute vor allem die Überwindung des kalten Krieges und den Übergang zu normalen, stabilen Beziehungen zwischen den Staaten, ferner die Bereitschaft, Differenzen und Streitfälle nicht durch Gewalt, Drohungen oder Säbelrasseln zu regeln, sondern mit friedlichen Mitteln, am Verhandlungstisch. Weiter sagten Sie, daß Entspannung ein bestimmtes Vertrauen sowie die Fähigkeit bedeute, die legitimen Interessen der anderen zu berücksichtigen.

Sie sagten das gut, weil begreiflich. Ich glaube, die meisten denkenden Amerikaner pflichten dem bei und möchten eine Fortsetzung der Détente. In ihrem Geiste schreibe ich diesen Brief.

Unlängst lud mich eine Freundin zu einem Dokumentarfilm über Rußland ein, und so lernte ich Ihr Land besser kennen. Darauf folgte — keineswegs überraschend — ein halbstündiger Propagandafilm über unsere angebliche Ungleichheit auf dem Rüstungsgebiet. Aus den Propagandamaterialien, die wir zu hören und zu lesen bekommen, folgt, daß die Sowjetunion unser Erzfeind sei, und wir werden angehalten, vor ihr auf der Hut zu sein. Ich aber denke: Haben denn die Russen mir etwas Schlechtes getan? Wollen sie es denn? Vor dem Einschlafen habe

ich häufig Angst, aber nicht vor den Absichten der UdSSR, sondern vor denen meiner Regierung und meiner Landsleute. Aus trauriger Erfahrung weiß ich, daß meine Regierung unter der Flagge der Gerechtigkeit sehr ungerecht handeln kann, wobei die Bürger absolut hilflos sind. Ich betrachte meine Regierung als meinen schlimmsten Feind.

Vor kurzem wurde ich für Straftaten verantwortlich gemacht, die ich nicht begangen habe, und ohne Gerichtsverfahren schuldig gesprochen. Solche Verstöße gegen die Menschenrechte kamen in Amerika auch früher oft vor. Deshalb kann ich nicht ruhig zuhören, wenn Ihr Land geschmäht wird.

Die Amerikaner sind alles andere denn vollkommen und haben ebenso wie die anderen Menschen ihre Schattenseiten, auch wenn sie sie nicht wahrhaben wollen. Bei einer Umfrage wurde eine stichprobenweise ausgewählte Gruppe von Amerikanern aufgefordert, eine Abschrift unserer Bill of Rights zu unterschreiben. Die meisten weigerten sich, und einige gingen so weit, die Polizei zu holen und die Veranstalter der Umfrage einer gefährlichen Wühlätigkeit, wenn nicht des offenen Kommunismus zu beschuldigen! Der einstige Ausschuß des Repräsentantenhauses zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit ist aufgelöst, doch finden sich noch immer Menschen, die al-

les, was ihnen mißfällt oder womit sie nicht einverstanden sind, als kommunistisch abstempeln. Militante Ignoranz und Vorurteile sind gefährlich.

Die Amerikaner haben kein Monopol auf Rechtschaffenheit. Ich glaube nicht, daß Ihr Volk schlechter oder besser ist als das meine. Ich glaube, daß wir als Mitglieder der Familie Menschheit von gleicher Beschaffenheit sind.

Gestatten Sie, daß ich mich vorstelle. Ich bin eine einfache Bürgerin und bringe den Standpunkt der einfachen Bürger zum Ausdruck, bin eine Weiße von 52 Jahren und als Sekretärin in einem Büro tätig. Reich bin ich nicht, auch besitze ich keine politische Macht. Ich arbeite eifrig und gebe meiner Regierung einen unverhältnismäßig hohen Anteil des Verdienstes ab: In Amerika wird die Einkommensteuer als Instrument gegen bestimmte Kategorien des Volkes benutzt.

Ich habe mich mit Anthropologie, Soziologie, Geschichte, Kunst, Wirtschaft, alten Sprachen, antiker Literatur, Staatswissenschaften und Theologie beschäftigt. Jeden Tag lese ich *Los Angeles Times*, *San Diego Evening Tribune*, *Wall Street Journal* und *Los Angeles Daily Journal*, häufig die Sonntagsausgabe der *New York Times* und des *Christian Science Monitor* sowie die Wochenschriften *Time* und *U. S. News & World Report*.

Abraham Lincoln, einer unserer großen Präsidenten, meinte, man dürfe nicht schweigen, wenn man etwas Wichtiges zu sagen habe. Vizepräsident Mondale erklärte vor kurzem, er stehe vor der Wahl, ob schweigen oder sprechen, er werde doch sprechen, weil Schweigen die Wahrheit verschleierte. Ich will deshalb meine Gedanken äußern.

Das führt mich an zwei Fragen von Interesse für unsere beiden Länder heran: Verletzung der Menschenrechte und gemeinsame Einschränkung der Rüstungen.

Soviel ich weiß, werden für die Rüstungen gegenwärtig über 300 Md. Dollar jährlich verausgabt, wobei rund ein Drittel dieser Summe auf uns entfällt. Wir neigen dazu, diese Ausgaben in hohem Maße Rußland anzulasten. Ich muß zugeben, daß meine Kenntnisse im Bereich der Rüstungen gering sind.

Die Verschleuderung solcher Beträge und die Hortung gewaltiger Arsenale ist empörend, und meiner Meinung nach bestehen das beiderseitige Bedürfnis und die beider-

seitige Entschlossenheit, ehrlich und beharrlich gemeinsam darauf hinzuwirken, unsere Abhängigkeit von den Rüstungen zu vermindern. Gewiß, in den komplizierten Waffensystemen stecken Unsummen, und es gibt viele Menschen, die gern mit Zinnsoldaten spielen, aber die Welt stellt ihre Forderungen an uns. Vielleicht werden wir unsere Lebensweise ändern müssen, um den Weltfrieden aufrechtzuerhalten.

Öffentlich setzen sich die USA für die Menschenrechte ein. In Wirklichkeit sind wir eine Gesellschaft unglückseliger Bankrotteure in der Moral, die sich mehr um vorübergehende Bequemlichkeiten, Zerstreungen und die Befriedigung ihrer egoistischen Bedürfnisse als um die Menschenrechte für die anderen kümmern. Einige Gruppen von Amerikanern besitzen alle Rechte, während sie anderen willkürlich vorenthalten sind.

Die Legislativen der einzelnen Bundesstaaten weigern sich selbst heute, die längst herangereifte Novelle über gleiche Rechte für Frauen, wie sie im Zusatz 14 zur Bundesverfassung vorgesehen sind, zu billigen. Wir dürfen uns nicht als Gottes Sendboten betrachten, dazu berufen, die anderen zu lehren, wie man zu leben hat, wenn wir einander ausbeuterisch, aggressiv, lügnerrisch, gewaltsam, grausam, ja unmenschlich behandeln.

Die Amerikaner seien dabei, heißt es, eine globale Umgestaltung herbeizuführen, wozu sie die Rolle des Weltpolizisten übernommen haben. Ähnlich den Glaubensfanatikern wollen wir die ganze Welt zu unserem Glauben bekehren. Aber vielleicht will die ganze Welt nicht unbedingt unseren Weg gehen? Wenn einige Prediger, die ich kenne, meinen, sie würden in ihrem mysteriösen Himmel tatsächlich den bequemsten Platz im Parterre belegen, würde ich ihnen nicht folgen, selbst wenn ich diesen ganzen Unsinn glaubte.

Ein drei Zoll langer Fisch hat, da er einen Damm von 116 Mio Dollar Baukosten gefährden kann, mehr Rechte vor Gericht als die meisten Menschen. Bis in die jüngste Zeit bestanden in den Gerichten getrennte Toiletten und getrennte Trinkbrunnen, in den Kinos getrennte Plätze für die drei Rassen. Wir haben die Aktivitäten des FBI, die CIA-Skandalaffären, die Besetzung von Ländereien, gebrochene Verträge, Störung des ökologischen

Gleichgewichts, den geheimen bakteriologischen Krieg gegen Zivilobjekte, Bürger in Konzentrationslagern, die schlechte Behandlung der Schwarzen, der Indianer und der Frauen, wir haben Geschäftsleute, die Schmiergelder zahlen, und Gesetzgeber, die sie nehmen. Das sind häßliche Schrammen im Antlitz Amerikas und ungeheuerliche Verstöße gegen die Menschenrechte. Liebe steht außerhalb des Gesetzes, Gewalt ist Gesetz. Und die Gerichte sind damit einverstanden!

In den Vereinbarungen von Helsinki sind im Abschnitt über die Menschenrechte die Freiheit des Denkens und die Bürgerrechte fixiert. Die meisten von uns haben das Recht auf Verteidigung vor Gericht in Zivilprozessen nicht, weil das von Anwälten und Richtern akzeptierte und gebilligte Verfahren viel zu kompliziert und verwickelt ist, um das Vorlegen faktischer Beweise und die Rechtspflege zu fördern; zudem sind die Gerichtskosten für den einfachen Amerikaner unerschwinglich, und so kann er seine Rechte als Bürger und Mensch nicht durchsetzen. Daß wir eine Verfassung und einen Kodex haben, hat nichts zu sagen: Gewöhnlich muß man sich an das Gericht wenden, selbst um die Einhaltung eines Gesetzes zu erreichen. Doch die Rechtsverletzer wissen, daß die Gerichtskosten für die meisten Menschen zu hoch sind, und gehen praktisch immer straflos aus. Trotz all der hochtrabenden Phrasen über die Menschenrechte ist der faktische Entzug dieser Rechte auf der Tagesordnung. Die Tür zu den Menschenrechten ist oft verschlossen und wird in den Gerichten erster Instanz von bewaffneten Polizisten und in den Gerichten höchster Instanz von Beamten in Zivil bewacht. Die Regierung ist bemüht, davon nichts verlauten zu lassen, aber diese Geschwulst ist nicht zu verbergen, sie bewirkt die allgemeine Entfremdung.

Unlängst kam es zwischen einem Anwalt und einem Richter in unserer Stadt beinahe zu Tötlichkeiten. Es hatte sich herausgestellt, daß der Anwalt bei einem Ehescheidungsprozeß „lediglich“ 73 000 Dollar einheimste. Überall verlangen die Anwälte 50—500 Dollar pro Stunde, was die Menschen faktisch um ihre Verfassungsrechte bringt. Die Anwälte springen mit der Justiz ungeniert um. Honorare von Hunderttausenden Dollars sind keine Seltenheit, und an einem einzigen Prozeß ver-

dienen die Anwälte mehr als die meisten Menschen in ihrem ganzen Leben, selbst ohne Abzug der Steuern gerechnet. Für 200 000 Dollar darf man unbestraft Meineid leisten, so nebelhaft sind die juristischen Feinessen.

Jetzt bin ich überzeugt, daß jeder Staat mit Recht gegen unsere Einmischung in seine inneren Angelegenheiten protestieren kann. Wir Amerikaner müssen friedliche Koexistenz erst lernen und allen Bürgern ihre Verfassungs- und Menschenrechte gewähren, ehe wir den Anspruch darauf erheben, den anderen beizubringen, wie sie zu leben haben. Es gilt, im eigenen Lande mit der Despotie und der Erniedrigung der Menschenwürde aufzuräumen. Dann könnten wir vielleicht vorsichtig auf unser Beispiel hinweisen. Aber dieses Ziel ist alles andere denn nah.

Das Leben ist entgegen allem Schein ein Dschungel voller Schrecken. Wir tanzen auf dem Vesuv. Die zunehmende Enttäuschung und das Gefühl der Ausweglosigkeit unter der Maske der zur Schau gestellten Stabilität und Zufriedenheit bringen eine große Entfremdung hervor. Fast jedermann ist dem anderen feind. Wir benebeln uns durch Alkohol, was zur Ursache Nr. 3 für die Geburt ungesunder Kinder und zum drittgrößten Problem des Gesundheitsschutzes geworden ist. Wer nicht trinkt, greift zu Rauschgiften. Nach vorsichtigen Schätzungen leben in Los Angeles (ohne Vororte) 98 000 Arme, die gewohnheitsmäßige Trinker sind.

Wir sind über die Watergate-Affäre und die Korruption in der Geschäftswelt beunruhigt, haben aber offenkundig nichts hinzugelernt. Unsere Regierung fördert Verschwendungs- und Profitsucht. Wir haben nicht nur Papierservietten, -windeln und Bierblechdosen zum Wegwerfen, sondern auch ebensolche Menschen. Bei uns bestehen geistiger Terrorismus, Diskriminierung, Bürokratismus; zahlreiche Versuche, sich Gehör zu verschaffen, mißlingen, was bei den Bürgern Zorn, Verbitterung und Verärgerung auslöst. Das Menschenleben wird immer billiger, und das nimmt vielfältige Formen an: Verlust der persönlichen Freiheit, ökonomische und juristische Ungerechtigkeit. Die Bürger können nachts nicht ruhig durch die Straßen gehen, und viele haben beim Schlafengehen das Gefühl, in Gefahr zu schweben.

Es besteht die entnervende Empfindung der Irrealität. Die Regierung ist in weiter Ferne, gleichgültig, unansprechbar und unberechenbar. Die Gesetzgeber genießen die Immunität, und die Gesetze, die sie auf die anderen anwenden, erstrecken sich auf sie selbst gewöhnlich nicht. Die Vorsitzenden und höchsten Beamten der Gerichte können ohne weiteres Gesetze verletzen... Die Grand Jurys zogen im vorigen Jahr 337 Beamte, die der Entgegennahme von Bestechungsgeldern angeklagt waren, zur Verantwortung — aber das waren nur diejenigen, die ertappt werden konnten.

Präsident Carter verlangt von uns „Opfer“, aber wir wissen, wer die größten Opfer bringen muß: diejenigen, die es auch sonst tun. Wir haben keine Menschenrechte, dürfen jedoch eine Unmenge von Opfern bringen.

Wie die Lemminge vernichten wir uns selbst. Nicht der Kommunismus ist unser schlimmster Feind. Wir sind uns selber diese Feinde. Und ebenso wie in Nazideutschland mischt sich bis zuletzt niemand ein.

Die Rechtsordnung Amerikas ist ein schmutziges Spiel. Fast alle, angefangen mit dem Vorsitzenden des Obersten Gerichts und Präsident Carter und bis zu den einfachen Bürgern, verurteilen gleich mir unser Gerichtssystem, niemand kann jedoch gegen die Tausende winzigen Tyrannen an, die ihre kleinen Reiche im exklusiven Luxus regieren. Leon Jaworski (er untersuchte die Watergate-Affäre) sagte in seiner Rede vor den Amerikanern am 16. Oktober 1976, daß bei uns zweierlei Recht herrscht und daß gleiche Justiz für alle Betrug ist. Vor kurzem hatte ich noch einmal mit unserer „Rechtsprechung“ zu tun...

Unsere amerikanischen Gerichte sind ein Inbegriff von Käuflichkeit, Gesetzlosigkeit und Ungerechtigkeit. Der Vorsitzende des Obersten Gerichts der USA sagte: „Das Gericht fällt in das verabscheuungswürdige ‚Versteckspiel‘ zurück, wobei es wieder einmal die inhaltslose Theorie der Gerechtigkeit verkündet.“ Selbst Mitglieder des Obersten Gerichts nennen ihre Entscheide „gänzlich sinnlos“, „unbegreiflich“, „barbarisch“ und bedenken sie mit Hunderten noch kritischeren Beiwörtern. Unsere Gerichte sind ein auswegloser Papierirrgarten, in dem die Bürger durch eine Schein-

justiz gefoppt werden. In Amerika wird alles verkauft, und das Gericht verkauft demjenigen das Recht zu stehlen, wer mehr bietet. Der Einsatz heißt Sieg, und um ihn zu gewinnen, ist jedes Mittel recht, ob Meineid, Geheimhaltung von Tatsachen oder Behinderung der Ausübung der Rechtsprechung.

Unsere Gerichte tun so, als interessiere sie die Wahrheit, und verlangen pharisäisch, „die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit“ zu sagen. Das ist aber auch das letzte Mal, da man noch etwas von Wahrheit hört. Sie fällt dem Meineid, der juristischen Haarspalterei, der sinnlosen Wortklauberei und den schlaun Verfahrenregeln zum Opfer. Die Anwälte werden — gewöhnlich aus dem Geld der Steuerzahler — darin unterwiesen, sich der Wahrheit beliebig zu bedienen. Die Richter haben nichts einzuwenden! Auch sie waren einmal Anwälte und verdienten sich ihre Existenz durch Lügen. Als Anwälte beteiligten sie sich am politischen Leben und sind nun herrschsüchtige Richter geworden.

Eine Sonntagszeitung zitiert einen sehr bekannten Oberstaatsanwalt: „Gleiche Justiz ist eine leere Phrase.“ Hier wenigstens ist er ehrlich.

Die Gerichte lassen abscheuliche, schmutzige Verbrechen unter dem Vorwand unbestraft, die Rechte der Gesellschaft zu schützen. Wenn aber die einfachen Mitglieder der Gesellschaft an die Tür klopfen, bleibt diese verschlossen. Die Gerichte begehen flagrant Verbrechen am Volk, bloß nicht mit Waffen, sondern mit Gummistempeln. Sie nehmen einem die Habe und die Produktionsinstrumente, die dem Lebensunterhalt dienen, weg, und zwar ohne Verhandlung und Gerichtsverfahren.

Die Anwälte schlachten die Justiz aus und machen aus ihr ein profitables kapitalistisches Geschäft. Für sie ist ein einträglicher Kriminalfall eine Stufe zum Richterstuhl oder zu einem hohen politischen Posten.

Die Gerichte sind ein Wurm im amerikanischen Apfel, ein Herd der Kriminalität. Sie zwingen die Menschen, im geistigen Getto zu leben, berauben sie der Verfassungsrechte und der vom Gesetz festgelegten Gleichheit.

Verbrechen auf der Straße sind „unhaltbar“, Verbrechen der „weißen Westen“ dagegen, die häufig Millionen entwenden, sehr wohl

„haltbar“ und werden nicht selten bewundert. In solchen Fällen handelt es gewöhnlich nicht darum, ob der Verbrecher es schafft, „davonzukommen“, sondern um die Zeit, die das Gericht brauchen wird, um die nötige Klausel herauszufinden. Der Verbrecher an einem Computer kann sich einen hohen Betrag aneignen, die Firma aber, die er bestohlen hat, stellt ihn häufig ein, damit er sage, wie dies zu machen ist.

Über viele Verbrechen wird nicht mitgeteilt: Es hätte nicht viel Sinn gehabt, und wenn der Täter mitunter gefaßt wird, verwandelt sich sein Opfer in ein Opfer unserer unmenschlichen Gerichte.

Unglaublich, aber ein Anwalt kann im Gericht ungestraft alles sagen, was er will: Die Ignoranten von Richtern hören ihm gewöhnlich nicht zu, ja beachten ihn nicht. Ein Anwalt ist unverwundbar!

Gerichte können nicht zu einem vereinbarten Verdikt kommen. Vor nicht allzu langer Zeit traf das Berufungsgericht des 3. Distrikts einen Entscheid, der in direktem Gegensatz zum Entscheid des 2. Distrikts stand. Wie soll ein Bürger darauf reagieren?

Die Rechtsordnung könnte in Amerika triumphieren, würde sie nach dem Rouletteprinzip ausgeübt. Das wäre noch immer gerechter als das derzeitige System, überdies für jedermann erschwinglich — nur ein Dollar für die Chance! Beim gegenwärtigen Zustand dieses Systems ist in den Spielhöhlen von Las Vegas mehr Gerechtigkeit zu finden als im Gericht. Rechtsordnung ist eine leicht verderbliche Ware; dienstags wird sie geführt, mittwochs aber nicht mehr; donnerstags ist sie für Braun-, freitags nur für Blauäugige da. Es gilt, Ihren Fall in 30 oder weniger Worten darzulegen, rational zu sein!

Der Richter kommt gleich nach Gott. Majestätisch wirken sie, wenn jeder von ihnen in seinem Tempel im langen schwarzen Talar sitzt. Der Gerichtssaal gehört ihm, er aber ist niemandem etwas schuldig. Ein Richter verkündete unlängst seine Ansprüche an die Kleidung und das Verhalten in seinem Gericht (als gehörte das Gericht nicht dem Volk), drohte jedem, der sich gegen seine privaten Wünsche auflehnt, gerichtliche Belangung an und hob hervor, daß er da schonungslos vorgehen werde. Sollte jemand zu ihm kommen und sein

Verfassungsrecht ausüben, abweichend von den Forderungen des Richters gekleidet zu sein, werde der Betreffende seinem Vorurteil zum Opfer fallen. Das zeugt direkt davon, daß unsere Justiz auf Angst, Einschüchterung, Privatgeschmack, auf beliebigen geschriebenen oder auch ungeschriebenen, vom Richter festgelegten Regeln fußt, nur nicht auf dem Gesetz. Wie viele Menschen leiden oder werden bestraft, weil sie sich den privaten, ihnen nicht bekannten Wünschen des jeweiligen Richters nicht gefügt haben?...

Ein Begründer unseres Landes behauptete, die Machthaber seien Diener des Volkes. Unterwegs ist dieses Ideal verlorengegangen, und heute sind wir Sklaven der Gesetzgeber und folglich besonderer kapitalistischer Gruppen. Ein typisches Beispiel sind unsere ungerechten, mehrdeutigen Gesetze über die Sozialfürsorge. Unser einschlägiges System ist eine Schande und führt vor Augen, wie Menschen den politischen Interessen geopfert werden.

Meines Erachtens benutzen die Geistlichen den psychologischen Faktor Angst und sind die größten Terroristen und Gauner aller Zeiten. Die Kirchen haben zuerst Brüderlichkeit gepredigt. Aber Religion ist unvereinbar mit Wissenschaft und Fortschritt. Wir werden von der Religion so raffiniert bearbeitet, daß wir die bestehende Sachlage für selbstverständlich halten.

In jenen fernen Zeiten, als Amerika mit dichten Wäldern bedeckt war, schrieben unsere Begründer eine Verfassung, die die Prinzipien

unseres Staates festlegte. Jefferson ließ der mächtigen Stimme der einfachen Menschen sein Ohr und wandte sich gegen die starke Kirchenelite des Amerika des 18. Jahrhunderts, und Franklin war überhaupt nicht kirchlich eingestellt. Die meisten Urheber der Unabhängigkeitserklärung waren Deisten, sie glaubten an ein religiöses Denken, das nicht auf der Offenbarung, sondern eher auf der menschlichen Vernunft basierte, maßen jedoch der Moral besondere Bedeutung bei und bestritten das Einwirken des Schöpfers auf den Weltlauf. Der erste Zusatz zu unserer Verfassung, der am 15. Dezember 1791 angenommen wurde, versprach allen Amerikanern die Glaubensfreiheit und errichtete eine Trennungswand zwischen Kirche und Staat.

Seitdem erklärte das Oberste Gericht der USA in zahllosen Fällen entschieden, das Glaubensbekenntnis gehe die Regierung nicht an und niemand sei verpflichtet, sich zu einem Glauben zu bekennen. Das Gericht verband den 1. Zusatz mit dem 14., um diesen Standpunkt zu untermauern. Entgegen diesen Beschlüssen gewinnen die religiösen Gesetze, die wohl in Stein gemeißelt sind, die Oberhand über die Verfassung, die bloß auf dem Papier geschrieben ist. Die kirchlichen Würdenträger fordern die Verfassung immer wieder heraus. In diesem Jahr konnte der Senat von Kalifornien einen Gesetzentwurf ablehnen, der den Zweck hatte, das vom Obersten Gericht ausgesprochene Verbot der Gebete in den Mittelschulen zu umgehen. Aus

einer anderen Mitteilung erfahren wir, daß eine Frau Minister im neuen Kabinett Präsident Carters öffentlich ihre Absicht kundtat, religiöse Angelegenheiten würden zum Wirkungsbereich der Regierung gehören. In einer weiteren Meldung heißt es, ein neuer religiöser Verband wolle sich darum bemühen, Menschen, die ihren Glauben nicht teilen, Staatsposten zu verwehren. Wo bleibt da die Trennung von Staat und Kirche? Selbst bei ihrer Vertheidigung legen unsere Staatsmänner die Hand nicht auf die Verfassung, sondern auf die Bibel.

Herr Breshnew, das ist die Meinung einer amerikanischen Bürgerin. Ich glaube, daß die Welt wissen muß, wie wir leben, und daß unsere Präntionen, allen in Amerika die Menschenrechte gewährleistet zu haben, Betrug sind. Bis dahin haben wir es noch weit, und die Entspannung muß sich auf unsere Justiz erstrecken. Ich hoffe, wenn Sie das alles wissen, werden Sie nicht zulassen, daß die jüngsten unglücklichen Umstände die Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung und den Abschluß für beide Seiten gerechter Abkommen verhindern.

Hochachtungsvoll

Gay LEWIS

San Diego, Kalifornien, USA

Sincerely

Gay Lewis
Gay Lewis

Er hat die „Wiege der Menschheit“ entdeckt

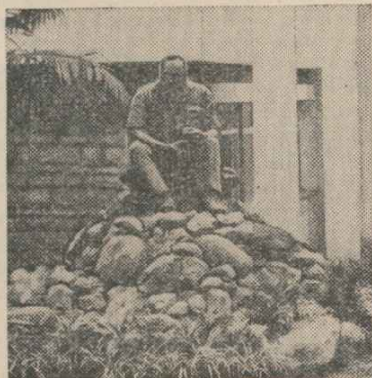


Foto des Verfassers

In Nairobi ist ein Denkmal enthüllt worden. Es gilt dem bekannten Archäologen, Paläontologen und Anthropologen Louis Leakey. 1926 begann er in Kenia mit Ausgrabungen und machte dabei einige Entdeckungen über die Steinzeit. Sein berühmtester Fund war der Schädel des Zinjanthropus, eines primitiven menschlichen Wesens, das vor etwa 2 Mio Jahren lebte. Damit war die Entstehung des Menschengeschlechts um eine halbe Million Jahre früher datiert und das Zentrum der Forschungen nach Ostafrika verlagert.

Später entdeckte Leakey unweit des Turcanasees im Norden Kenias Knochen von Urmenschen sowie Reste von Arbeitsgeräten. Als

der Gesichtsschädel dieser Wesen rekonstruiert wurde, stellte sich heraus, daß sie uns sehr ähnlich sehen, obwohl sie vor 3 Mio Jahren lebten. „Diese Funde beweisen, daß der Mensch in seiner jetzigen Gestalt seit mehr als 3 Mio Jahren existiert“, sagte Richard Leakey, Direktor des Nationalmuseums von Kenia, ein Sohn des 1972 verstorbenen Professors Leakey. Zu demselben Schluß kamen auch die Teilnehmer des 8. Panafrikanischen Kongresses für afrikanische Vorgeschichte in Nairobi.

Neben dem Denkmal für Professor Leakey hat das Internationale Memorial Institute for Africa Prehistory seinen Sitz, das den Namen des Wissenschaftlers trägt.

B. ASSOJAN
Eigenbericht

Nairobi

Auf wessen Applaus warten sie?

B. BORISSOW

Ende November soll in Rom wieder einmal ein antisowjetisches Treffen abgehalten werden, was schon jetzt mit vielem Trara begleitet wird. Die Mailänder „Zentrale für sozialökonomische Forschungen“ mit ihrem Direktor Giovanni Codevilla an der Spitze (er gilt als „Experte für sowjetische Angelegenheiten“) bereitet eine „Verhandlung“ in Fragen der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern vor. Am Szenarium der künftigen Schau arbeitet der katholische Philosoph Del Noce, der darauf reflektiert, den Begriff Eurokommunismus in Umlauf gesetzt zu haben. Die Veranstalter dieser Provokation stehen im engsten Kontakt mit Indro Montanelli, dem Chefredakteur der reaktionären Zeitung *Giornale Nuovo*, der unter Mussolini eifrig mit den Faschisten kollaborierte.

Die Zusammensetzung der „Geschworenen“ und „Zeugen“ ist noch nicht bekannt. Aber danach zu urteilen, wie eine ähnliche „Verhandlung“ in Kopenhagen verlief (sie endete mit einem eklatanten Mißerfolg), kann man sich die Leutchen ohne weiteres vorstellen: Vertreter der reaktionären Emigration verschiedener Generationen; frühere Nazi-Komplicen, die auf der Flucht vor der Justiz sind; „Dissidenten“, die, einmal ins Ausland gekommen, sich ihr Brot verdienen, indem sie das eigene Heimatland anschwärzen, den bürgerlichen Massenmedien und reaktionären westlichen Politikern „Fakten“ und „Argumente“ für politisch-ideologische Kampagnen gegen den Weltsozialismus liefern. Worüber in den letzten Jahren in der Welt auch diskutiert wurde, worum die Leidenenschaften auch entbrannt waren, stets stellten sich die „Dissidenten“ auf den Standpunkt des Westens.

In Kopenhagen rief ein „Zeuge“ mit Stentorstimme die Anwesenden auf, sich „im Geiste Sacharows“ zu verhalten und wie er zu handeln.

Unsere Presse schrieb schon über den „Fall Sacharow“ und seine Präntentionen, als Genie in Soziologie und Politik verkannt zu sein. Vertreter

der sowjetischen Öffentlichkeit, darunter bekannte Wissenschaftler, erklärten den „Fall“ durch den krankhaften Ehrgeiz des Akademiemitglieds, sie wiesen ihn auch darauf hin, daß ein pathologischer Individualismus, wie das Leben zeigt, zu gehässigem Antisowjetismus führen könne. Offenbar hat er diesen Hinweis überhört. In Schriften, in Manifesten „an alle“, in Appellen und Aufrufen, die im Ausland herausgegeben werden, handelt er nach wie vor in dem Geist, für den die Widersacher des Sozialismus so viel übrig haben.

Der New-Yorker Emigrantenverlag „Khronika“ verlegte 1975 wieder einmal eine Broschüre. Darin behandelt Sacharow alles Mögliche, nur nicht das, was er als Physiker behandeln sollte. Er beschreibt z. B. die Auswahl von Studenten für die Parteihochschule folgendermaßen:

„Unlängst wurde eine große Gruppe von Hochschulabsolventen mit guten Zeugnissen unter einem Vorwand in Leningrad zusammengetrommelt (selbstverständlich waren

es Komsomolzen; praktisch gibt es heute nur Komsomolzen an den Hochschulen). Sie aßen und tranken ausgiebig in den besten Restaurants, sie amüsierten sich — alles gratis. Man zeigte ihnen, wie das Leben im Schlaraffenland aussieht. Dann fragte man sie: Wollt ihr immer so leben? Doch immatrikuliert euch an der Parteihochschule!“

Aus derselben Broschüre kann der Leser erfahren, daß in der UdSSR „die Bildung auf einem sehr niedrigen Niveau steht“, „die Klassenräume überfüllt, muffig und dunkel“, die Lehrer „bettelarm und überreizt“, „die wenigen ‚Farbigen‘ sowie die Praktikanten aus der dritten Welt Gegenstand eines hemmungslosen Rassenhasses sind“.

Die fortschrittliche Welt kämpft für Entspannung. Sacharow sieht darin nur „erstaunliche Fehlkalkulationen und Mißerfolge der westlichen Politik, die ihrem Entspannungspartner kampflos ein Stück nach dem anderen abtritt“.

Selbst bürgerliche Politiker verurteilen die Leute um Senator Jackson, die dem sowjetisch-amerikanischen Handel starken Abbruch getan haben. Sacharow dagegen meint: „Die Annahme des Zusatzes zum Handelsgesetz im USA-Kongreß ist von historischer Bedeutung.“ Er bestreitet die Behauptungen der Kritiker an diesem Zusatz, dieser bedeute eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR.

INTERVIEW JENSEITS DER SCHALLMAUER

Pfeilgeschwindigkeit und steil ging es empor. Das 180-Tonnen-Passagierflugzeug durchstieß die dichte Wolkenschicht über Moskau und erreichte seine Flughöhe. Mit 2300 km Geschwindigkeit brauste es gen Südosten, und genau zwei Stunden nach dem Start landete es auf dem Flughafen von Alma-Ata. Damit waren die regulären Flüge der Überschall-Passagiermaschine TU 144 aufgenommen.

Nach kurzem Aufenthalt in der kasachischen Hauptstadt startete die TU 144 wieder in Richtung Moskau. Unter den ersten Fluggästen war eine Gruppe sowjetischer und ausländischer Journalisten. Die meisten flogen mit dieser Maschine zum erstenmal. Interessiert beobachtete ich sie und stellte

fest, daß ausnahmslos alle auf den Augenblick warteten, in dem sie die erste und die zweite Schallmauer durchbrechen würde. Sie wollten ihn erleben und dann jeder auf seine Weise schildern.

Wie groß war das Erstaunen meiner Kollegen, als sie, ohne etwas gespürt zu haben, etwa 20 Minuten nach dem Start vom Flugkapitän Boris Kusnezow erfuhren:

„Flughöhe 11 000 Meter, wir haben die Schallmauer durchbrochen.“

Sie hatten sich von ihrer Verwundung noch nicht erholt, als über Bordfunk die neue Meldung des Kommandanten kam: Flughöhe 16 km, Geschwindigkeit 2300 km/h.

Alle Menschen waren über den Sieg des vietnamesischen Volkes froh. Nur unser Amateurpolitiker nicht. Er verkettete die Amerikaner, die für die Einstellung des schmutzigen Krieges waren, und nannte sie „lärmreiche und verantwortungslose Kritiker, faktische Fahnenflüchtige und Saboteure“. Seines Erachtens erfordere auch der Nahostkonflikt vor allem eine „Einheit der westlichen Länder“ im Kampf gegen die UdSSR.

Im Programm der bevorstehenden „Verhandlung“ stößt man, genauso wie in den hier zitierten Elaboraten, auf immer dieselben Namen der „politischen Häftlinge“. In Heft 1/76 berichtete die NZ in der Rubrik „Kompetente Meinungen“ bereits über die wahren Ursachen für die Verurteilung von Kowaljow, Wins, u. a. Wir haben nicht die Absicht, hier all die Namen aufzuzählen, die vermutlich in Rom genannt werden. Bis auf einen.

Die Rede ist von Liudvikas S. Sein Schicksal wird besonders laut bejammert, Sacharow schreibt: „Wie die meisten meiner Leser habe ich nie jemanden von ihnen gesehen“ (gemeint sind die Verurteilten). „Aber ihr Schicksal, das wie das Schicksal der Eingekerkerten der mittelalterlichen Verliese wirkt, muß einen erschüttern. Dasselbe trifft auf den unglücklichen Hess heutzutage zu. Ich schreibe von Hess, obwohl mir seine Beteiligung am

Aufbau des verbrecherischen Nazisystems bekannt ist.“

Dieser eifrige Verfechter der Menschenrechte weiß nicht nur von der ungeheuren Schuld, die Hess sich aufgeladen hatte, sondern auch von dem durchaus realen Verbrechen seiner anderen Lieblinge. Er weiß sehr wohl, daß die nicht wegen der vielzitierten „Dissidens“ vor Gericht gekommen waren. Liudvikas S. beispielsweise, Soldat der Strafrupps während der faschistischen Okkupation und später Angehöriger einer bewaffneten nationalistischen Bande, hat seine Hände mit dem Blut der friedlichen litauischen Bauern, darunter von Frauen und Kindern, besudelt. Das war der wahre Grund, warum er 1955 zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil wurde später auf eine 25jährige Haft gemildert. Im Februar d. J., zwei Jahre vor Ablauf der Haftzeit, wurde Liudvikas freigelassen. Um ihm keine neuen Schwierigkeiten zu bereiten, nennen wir seinen Nachnamen nicht. Doch glauben wir, daß selbst er kaum erfreut wäre, zu erfahren, daß Fakten aus seiner traurigen Laufbahn von Leuten, die ihr Gewissen zu Markte tragen, für ihre unsauberen antisowjetischen Ziele ausgeschlachtet werden.

Der ohnehin kaum bekannte „Vereinte Rat der Flüchtlinge aus Osteuropa“ beförderte eine buntscheckige Gruppe von Feinden des Sozialismus zur „Verhandlung“ in die dänische Hauptstadt, mietete ihnen

Räume im Parlamentsgebäude, stellte jedem „Zeugen“ 5000 Dollar aus und lud die Presse ein. Aus dem geplanten Propagandalärm ist jedoch nichts geworden. Lärm gab es nur im Saal: Manche wurden nicht hineingelassen, andere herausgeführt oder vom Rednerpult gezerzt. Die „Verhandlung“ scheiterte.

Jetzt wollen die wahren Urheber des Unterfangens der westlichen Aufklärungsdienste, über das große internationale Echo zu den Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestags der Oktoberrevolution verärgert, in Rom Revanche nehmen. Der „Vereinte Rat“ ist der Vergessenheit anheimgefallen, doch ihr sozialer Auftrag gilt weiter, Geld ist aus Sonderfonds bewilligt worden, auch neue Darsteller haben sich gefunden.

Selbstverständlich werden auch sie dieses neue unsaubere Vorhaben nicht vor einem Mißerfolg retten. Bedauerlich, daß seine Organisatoren es vermochten, die Namen einiger demokratischer Politiker Italiens, etwa Terracinis, Senator der Italienischen KP, damit in Verbindung zu bringen. Man fragt sich, welche Rolle er sich selbst in dieser ganzen unschönen Geschichte zugeacht haben mag. Es ist augenfällig, daß die Teilnehmer solcher Treffen ihre Ansprüche an die UdSSR deshalb im Ausland anmelden, weil sie einfach auf den Beifall und folglich auf die Almosen der feindlichen Kräfte angewiesen sind.

Niemand hatte Überbelastung oder zunehmendes Dröhnen der vier Turbinen bemerkt. Nur die Sonne funkelte greller durch die dreischichtigen Bullaugen, und der Himmel hatte ein tieferes Blau angenommen.

Wir flogen in der Stratosphäre.

Neben mir saß ein kleiner braungebrannter Mann und machte sich eifrig Notizen — Nguyen Quang Loc, Korrespondent der Vietnamesischen Nachrichtenagentur.

In diesem Augenblick beschloß ich, einmal nicht Leute zu interviewen, die mit Journalistik nichts zu tun haben, sondern Kollegen. Wie gefällt Ihnen die TU 144, fragte ich sie.

„Ein phantastischer Flug! Ich bin begeistert. Schade nur, daß wir in der kurzen Zeit zwischen Landung und Rückflug Alma-Ata nicht besichtigen konnten. Ich freue mich sehr, zu den ersten Fluggästen gehört zu haben“, sagte mein Nachbar.

Herr Makoto Sano von der japanischen Zeitung **Mainichi Shimbun**, zögerte nicht mit der Antwort:

„Start und Flug verliefen großartig. Ich gebe zu, daß ich auf Überbelastung gewartet und nichts davon gespürt habe. Wenn Sie meine Meinung wissen wollen, dieses Flugzeug ist für die Sowjetunion mit ihren riesigen Entfernungen einfach ideal.“

Als Makoto Sano hörte, daß ich mit der TU 144 nur 3 Stunden und 20 Minuten bis Chabarowsk gebraucht hatte, rief er aufrichtig begeistert aus:

„Großartig! Von dort ist es bis Tokio nur noch ein Katzensprung.“

Ehe Palle Andersen von der dänischen Zeitung **Land og Folk** meine Frage beantwortete, drückte er sein Whiskyglas seinem Nachbarn in die Hand und stand auf.

„Ich bin 1,92 m groß“, sagte er. „Auf meinen vielen Flügen wußte ich nie recht, wo ich meine Beine unterbringen

sollte. Hier werden mir Komfort und eine phantastische Geschwindigkeit geboten. Jedem ist klar, warum Sie es mit dem Einsatz der TU 144 im Linienverkehr nicht eilig hatten, sondern die Maschine erst nach allen Regeln der Kunst testeten. Das war ganz richtig!“

Norbert Kuchinke vom BRD-Nachrichtenmagazin **Der Spiegel** zögerte etwas, ehe er sagte:

„Mit der Concorde bin ich noch nicht geflogen und kann sie deshalb mit der TU 144 nicht vergleichen. Aber ich bin mit dem Flug zufrieden. Ich wartete auf Überbelastung und Schaukeln. Aber die Maschine durchbrach die Schallmauer und lag förmlich reglos in der Luft.“

Ihre erste Route hat die TU 144 eingeflogen. Neue werden hinzukommen. Sicherlich wird sie bald für Aeroflot genauso zur Gewohnheit geworden sein wie ihre langsameren Schwestern.

P. BARASCHEW

KORKAMMER DES LANDES

Wladimir GAWILEWSKI, Nikolai PAKLIN

Am 29. November begehen die Völker Jugoslawiens ihren Nationalfeiertag, den Tag der Republik. Am 29.11.1943 fand in der bosnischen Stadt Jajce, dem Zentrum der Partisanenbewegung, die zweite Tagung des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens statt, auf der das Nationalkomitee für die Befreiung Jugoslawiens gegründet wurde, die erste revolutionäre Regierung in der Geschichte des Landes. Zwei Jahre später wurde am gleichen Tag die Föderative Volksrepublik ausgerufen.

Die sozialistischen Umgestaltungen haben das Land und das Leben der Menschen überall von Grund auf verändert, so auch Vojvodina, die Provinz, über die unsere Korrespondenten berichten.

Ein schmaler Weg schlängelt sich durch schier endlose Felder. In dem größtenteils gebirgigen Jugoslawien ist Steppengebiet eine Seltenheit. Vielleicht erscheint uns deshalb Vojvodina jedesmal, wenn wir hierher kommen, so weitläufig.

In dieser autonomen Provinz leben seit undenklichen Zeiten Serben, Kroaten, Ungarn, Rumänen und Ruthenen. Als in den ersten Nachkriegsjahren die Agrarreform durchgeführt und der Großgrundbesitz abgeschafft wurde, kamen viele Montenegriner, Makedonier und Slowenen hierher. Der im Kampf gegen die Okkupanten und ihre Lakaien geschmiedete Bundesbund der Völker wird in allen Lebensbereichen der Provinz sichtbar.

Wo einst Sumpfland war

Vojvodina ist mit den größten Agrar-Industriekombinaten die Kornkammer des Landes. In diesem Jahr ist hier mit 2,1 Mio dt. Weizen — fast 36% des Gesamtertrages — eine Rekordernte eingebracht worden.

Aber nicht nur wegen ihrer Ernteerträge ist Vojvodina berühmt. Das Steppengebiet hat eine moderne Industrie bekommen. In der Hauptstadt Novi Sad und in anderen Städten sind Maschinenbaubetriebe und Verarbeitungswerke für landwirtschaftliche Erzeugnisse entstanden. Inmitten von Feldern ragen Bohrtürme des Trusts „Naftagas“ empor.

Viel Arbeit mußte geleistet werden, ehe die Provinz so fruchtbar wurde.

Wenn man an den gepflegten Feldern des Agrar-Industriekombinats

„Belgrad“, den Silos und den Viehfarmen entlangfährt, kann man sich kaum vorstellen, daß hier noch vor kurzem Sumpfland war, im Frühjahr von der Donau und dem Tamiš, ihrem Nebenfluß, überschwemmt. Heute erinnert nur noch ein aus alten Aufnahmen zusammengestellter Kurzfilm daran, den wir in dem großen Betrieb mit seinen 25 000 Beschäftigten als erstes zu sehen bekamen.

„Gleich nach dem Krieg wurde beschlossen, das Sumpfland links der Donau urbar zu machen“, erzählte uns Kombinatdirektor Petar Zečević, Mitglied des ZK des Bundes der Kommunisten Serbiens. „In der vom Krieg gezeichneten Hauptstadt hielt das friedliche Leben Einzug, und die Belgrader Arbeiter mußten mit Brot, Fleisch und Milch versorgt werden. Aus dem ganzen Lande kamen Tausende Bauern, um einen staatlichen Betrieb aufzubauen. Damals hatten wir 17 000 ha Land, von denen ganze 5000 landwirtschaftlich genutzt werden konnten. Zunächst gingen wir an die Meliorationsarbeiten: Ein 90 km langer Damm wurde aufgeschüttet, Kanäle wurden gezogen und leistungsstarke Pumpen aufgestellt. Allmählich wich der Sumpf. Heute hat das Kombinat fast 90 000 ha Land, von denen 55 000 schon beackert werden. Im Durchschnitt ernten wir 50 dt Weizen je ha, und 25 000 ha sind damit bestellt. In den nächsten Jahren soll der Ertrag um weitere 10 dt gesteigert werden.“

Jede der 20 000 Kühe gibt jährlich 4600 l Milch. Kein schlechtes Ergebnis, aber der neue Fünfjahrplan stellt auch hier neue Forderungen.

Die Herde soll sich um 12 000 Tiere vergrößern und der Melkertrag auf 6000 l steigen. Das Kombinat hat seine eigene Futterbasis, unter anderem ein Mischfutterwerk, viele Kälber und Schweine werden auf Fleisch gezüchtet. Der Milchbedarf der Millionenstadt Belgrad wird vom Kombinat fast vollständig gedeckt.

Wie in allen Agrar-Industriekombinaten bilden Erzeugung, Verarbeitung und Absatz der landwirtschaftlichen Produkte eine technologische Kette, die aus mehr als 60 Verarbeitungsstätten besteht.

In langjähriger Erfahrung hat die Leitung des Kombinats die Überzeugung gewonnen, daß es letzten Endes für beide Teile von Vorteil ist, wenn Zwischenstationen ausgeschaltet werden und der Betrieb direkt mit dem Verbraucher „gekoppelt“ wird. Deshalb unterhält er eigene Verkaufsstellen. An dem Zeichen PKB sind sie leicht zu erkennen, und man findet sie nicht nur in Belgrad, sondern auch in vielen Kurorten an der Adria, wo die Hauptstädter im Sommer ihre Freizeit verbringen.

Der Betrieb hat eine festgefügte Belegschaft, denn man verdient hier gut, und die sozialen Lebensbedingungen sind ebenfalls ansprechend. Das Kombinat hat komfortable Wohnhäuser, Schulen und ein Kulturhaus zu bieten.

Probleme

Die Agrarkombinate bilden die Grundlage des gesellschaftlichen Sektors in der Landwirtschaft, auf den 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfallen. In Vojvodina ist der Anteil fast dreimal so groß. In der Provinzversammlung unterhielten wir uns mit Wirtschaftsexperten. Den hohen Marktanteil der Landwirtschaft (Vojvodina liefert 60% des gesamten Getreideaufkaufs, 50% des Rind- und des Schweinefleischs) erklären sie mit den festen Positionen des gesellschaftlichen Sektors.

Der private Sektor besteht in Vojvodina aus 254 000 Bauernwirtschaften mit durchschnittlich 3,3 ha Land, aber auch größeren Betrieben. Die Besitzer haben in den letzten Jahren so manche Maschinen gekauft und die Produktion gesteigert. Aber trotz gewisser Erfolge hemmt der private Sektor die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, erfuhren wir bei der Leitung der Landwirtschaftskammer. Den Einzelbauern fehlt es oft an Kräften und Mitteln für einen modernen

Betrieb. Ihre Hektarerträge sind niedriger als die des gesellschaftlichen Sektors, und der Marktanteil ist gering. In einer Tagung des Präsidiums des BdKJ wurde in diesem Jahr bekanntgegeben, daß die landwirtschaftliche Produktion in den letzten beiden Jahrzehnten eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 4% hatte; im gesellschaftlichen Sektor waren es 10,9, im privaten 2,9%.

Das Dorf „altert“. Die jungen Leute wandern in die Stadt ab, weil sie dort besser verdienen können. In Vojvodina sind heute die Besitzer von 72 000 Betrieben älter als 65 Jahre, und die ihnen gehörenden 300 000 ha werden recht und schlecht bestellt.



Seit Jahren schon zerbricht man sich in Vojvodina den Kopf, wie mit den „alten“ Betrieben am besten fertig zu werden ist. Wirtschaftlich vorteilhaft wäre es, ihre Nutzflächen dem gesellschaftlichen Sektor zuzuschlagen, um so mehr als viele Bauern die Behörden wiederholt gebeten haben, ihnen ihren Bodenanteil gegen eine Lebensrente abzunehmen.

Die Provinzkonferenz des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Vojvodinas unterstützte diesen Gedanken. Sie empfahl, den Einzelbauern eine Rente zu zahlen, die sich vor allem nach dem abgetretenen Bodenanteil richtet. Ob aber die Agrar-Industriekombinate, an die das Land übergeht, die erforderlichen Mittel aufreiben können, ist vorläufig schwer zu sagen.

Der X. Parteitag des BdKJ sagte zur Lage in der Landwirtschaft, daß die kleinen Bauernhöfe in der Produktion und der Arbeitsproduktivität nicht den Stand erreichen können, der ihren Besitzern einen hohen Lebensstandard garantiert. Deshalb hat er den BdKJ beauftragt, auf dem Lande eine Politik zu betreiben, die günstige Bedingungen

für die Entwicklung der Produktionskooperation schafft. Auf einer Tagung des Präsidiums des ZK des BdKJ wurde später gleichfalls als notwendig bezeichnet, verstärkt an der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft zu arbeiten. Eine Möglichkeit ist, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Agrar-Industriekombinaten und den Einzelbauern auszudehnen.

In Vojvodina ist die Kooperation ziemlich umfangreich. Die Kombinate schließen mit den Bauern Verträge, stellen ihnen Saatgut, Maschinen, Düngemittel und Kredite und erhalten dafür Getreide, Gemüse, Obst und Schlachtvieh. Aber damit sind die Schwierigkeiten noch nicht behoben. Manche Bauern haben zu

Novi Sad, die Hauptstadt von Vojvodina
Foto der Verfasser

wenig Land, um mechanisieren zu können, andere produzieren zu wenig Waren, um den Verträgen entsprechen zu können.

Donau—Theiß—Donau

Seit drei Jahrzehnten wird in Vojvodina an dem komplizierten Hydrosystem Donau—Theiß—Donau gebaut. Wir besuchten das weiße, einem Schiffsaufbau ähnliche Gebäude an der Donau, in dem die Bauleitung untergebracht ist, nahmen dort Einblick in die Pläne und fuhren an den fertigen Kanälen entlang.

Dieses Hydrosystem besteht aus 900 km Hauptkanälen, die nahe der jugoslawisch-ungarischen Grenze der Donau entspringen. Wie ein breiter Fächer durchziehen sie ganz Vojvodina und fließen dann an der rumänischen Grenze wieder in die Donau. Durch einen Meter tief liegende Rohrleitungen gelangt das Wasser aus den Kanälen auf die Felder und wird dort mit Beregnungsanlagen versprüht.

An den Hauptabschnitten gehen die Bauarbeiten ihrem Ende entgegen. Aber für die Fertigstellung werden über die bisher verbrauchten großen Summen hinaus weitere Investitionen benötigt. Ein Teil der Mittel soll aus dem Ausland kommen. Mit der Tschechoslowakei und Ungarn ist vertraglich vereinbart worden, daß sie im Austausch gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse Ausrüstungen liefern.

Wenn die erste Baustufe des Hydrosystems in Betrieb ist, werden 760 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche entwässert und etwa 400 000 ha bewässert. Dadurch kann beherzter zum intensiven Ackerbau übergegangen, die Effektivität der Produktion gesteigert und das Anbauverhältnis verbessert werden.

In Vojvodina soll in diesem Planjahr fünf die Anbaufläche für Weizen von 405 000 auf 360 000 ha verkleinert werden. Das heißt jedoch nicht, daß die Getreideproduktion zurückgeht. Infolge der hohen Hektarerträge der hier gezüchteten neuen Weizensorten „Sava“, „Biserka“ und „Partisanika“ wird trotz vermindelter Fläche die Getreidemenge nicht geringer. Auf dem gewonnen Boden werden wirtschaftlich vorteilhaftere Kulturen angebaut — Mais, Zuckerrüben, Gemüse und Kartoffeln.

Die vergesellschafteten Betriebe in Vojvodina ernten 70—80 dt Mais je ha, und vom Bewässerungsland fast doppelt soviel. Von Tihomir Vrebalov, Direktor des Forschungsinstituts für Pflanzenbau in Novi Sad, erfuhren wir, daß in Jugoslawien in den letzten Jahren rund 100 hochproduktive Maissorten gezüchtet worden sind.

„In der Sowjetunion sind die neuen Sorten gut beurteilt worden“, berichtete er uns. „Jetzt bauen mehrere Kombinate Samen für Ihr Land an. Als Gegenleistung erhalten wir aus der UdSSR Saatgut anderer Kulturen, z. B. Sonnenblumen. Auch im chemischen Pflanzenschutz und beim Einsatz der Rechentechnik in der landwirtschaftlichen Produktion arbeiten unsere Züchter mit sowjetischen Kollegen zusammen.“

In der Steppe erheben sich neue Getreidesilos, Kühlhäuser, Öl- und Butterfabriken sowie Fleischverarbeitungsbetriebe. Nach und nach wird Vojvodina zu einer riesigen Nahrungsmittelfabrik für ganz Jugoslawien.

Belgrad—Novi Sad

EIN VOLK GEHT SEINEN WEG

Valeri WOROBJOW

Das gesamte Leben der Volksdemokratischen Republik Jemen ist mit Aden und seinem Hafen verbunden. An den Piers ankern Schiffe unter den verschiedensten Flaggen. Acht Jahre aber lag der Hafen praktisch still. Infolge der israelischen Aggression 1967 war der Suezkanal geschlossen. Die Schiffe mußten einen Umweg machen, und dadurch wurden die Schwierigkeiten des jungen unabhängigen Staates, der am 30. November 1967 entstand, verstärkt.

Während der Kolonialherrschaft hatte der Bedarf der größten britischen Militärbasis im Nahen Osten das Wirtschaftsgeschehen in Südjemen bestimmt. Die Arbeitslosigkeit war ein ernstliches Problem. Obwohl 80% der Bevölkerung auf dem Lande leben und in der Landwirtschaft beschäftigt sind, betrug ihr Anteil am Bruttonationalprodukt noch keine 10%.

Nach der Erringung der nationalen Unabhängigkeit mußte das Volk seinen Entwicklungsweg wählen. Diese Wahl war nicht einfach, der Klassenkampf verschärfte sich, die Positionen der verschiedenen sozialen und politischen Kräfte wurden deutlicher, darunter auch die der Nationalfront angehörenden, die die führende politische Organisation des Landes darstellt, in der Arbeiter, Bauern, Vertreter des Kleinbürgertums und der Intellektuellen vereint sind. Die Gegensätze zwischen den rechten und linken Strömungen verstärkten sich. Daraus ergab sich auch die sogenannte Korrekturbewegung vom 22. Juni 1969, durch die wirklich revolutionäre Kräfte an die Macht kamen. Das dürfte auch der Tag sein, an dem ein neues Kapitel in der Geschichte der VDRJ begann. Das Land betrat den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg und verkündete als sein Ziel den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Der Generalsekretär des ZK der Vereinigten Politischen Organisation Nationalfront A. F. Ismail erklärte anlässlich des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 3. November im Kreml: „Mehr als je können wir uns heute

von der Richtigkeit der Leninschen These vom nichtkapitalistischen Weg als dem Weg der nationaldemokratischen Revolution mit sozialistischer Perspektive überzeugen.“

1970 wurde die nationaldemokratische Verfassung der VDRJ verabschiedet. Ihre wichtigste Besonderheit besteht darin, daß der Versuch gemacht wurde, die sozialistische Orientierung theoretisch zu fundamentieren und juristisch zu verankern. Die Verfassung verkündet, daß die politische Macht dem werktätigen Volke gehört. Sie unterstreicht die wachsende Rolle der Arbeiterklasse in der Gesellschaft, definiert die Politische Organisation Nationalfront als regierende politische Organisation. Der wissenschaftliche Sozialismus wird im Grundgesetz des Landes als ihre Ideologie bezeichnet.

Heute wird die Macht über gewählte Volksräte ausgeübt. Die Führung der Republik sieht sie nicht nur als wirksame Verwaltungsorgane an, sondern auch als eine politische Schule, in der breite Massen der Werktätigen zur Lösung von staatlichen Problemen erzogen werden. Die ersten Wahlen in die örtlichen Volksräte fanden im Sommer 1976 in der fünften Provinz, der größten administrativ-territorialen Einheit des Landes, statt. Es waren

die ersten Wahlen nicht nur in der VDRJ, sondern auf der ganzen Arabischen Halbinsel. Wieviel Bedeutung ihnen das Volk beimaß, geht aus der Tatsache hervor, daß 86% der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnahmen. Die ersten Erfahrungen erwiesen sich als äußerst ermutigend. Vor den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Unabhängigkeit wurden Wahlen in die örtlichen Volksräte der übrigen Provinzen abgehalten.

Die Führung der Vereinigten Politischen Organisation Nationalfront, wie sich die regierende Organisation seit dem Oktober 1975 nennt, bezeichnet als Ziel der sozialökonomischen Politik des Landes auf der gegenwärtigen Etappe den Aufbau der nationalen Wirtschaft, die Schaffung und Festigung des staatlichen Sektors, die allmähliche Beschneidung und Ausschaltung des ausländischen Privatkapitals, die Durchführung einer Agrarreform im Interesse der ärmsten Bauern, die Verstärkung der planmäßigen Wirtschaft sowie die Hebung des Lebensstandards des Volkes.

Im November 1969 wurden 36 ausländische Gesellschaften verstaatlicht. Der staatliche Sektor wird durch die Errichtung neuer Betriebe ausgebaut. Nachdem am 1. Mai 1977 die Erdölraffinerie der British Petroleum in Staatseigentum überging, beträgt der Anteil des staatlichen Sektors an der Industrie etwa 95%.

Durch das zweite Gesetz über die Agrarreform, beschlossen im

Die Technische Schule in Aden ist ein Ausbildungszentrum für nationale Kader

Foto TASS



November 1970, wurden Ländereien und Besitz einheimischer Feudalherren eingezogen. Der größte Teil der Bauern beteiligte sich aktiv an der Durchsetzung der Agrarreform. Etwa 120 Genossenschaften mit mehr als 60 000 Mitgliedern wurden gegründet.

Ich habe eine der ersten Genossenschaften besucht, die nach Lenin benannt ist. Das Vorstandsmitglied Abdullah Mayub berichtete über die Erfolge der Genossenschaftsbauern und sagte zu den Umgestaltungen im Lande:

„Früher nannte man unser Land Arabia Felix, das heißt glückliches Arabien. Aber glücklich waren dort nur die Sultane und Emire, die in ihren Palästen einen sagenhaften Luxus trieben. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, das ganze Volk, die wahren Herren des Bodens, glücklich zu machen.“

Die neue Wirtschaftspolitik zeigte recht positive Ergebnisse. Seit 1973 beträgt, laut Angaben der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, das Jahreswachstum des Bruttonationalprodukts in der VDRJ durchschnittlich 8%, was über dem allgemeinen Durchschnitt der Entwicklungsländer liegt. Dabei gibt es hier keinerlei wertvolle Rohstoffe wie z. B. Erdöl, das einigen Nachbarländern riesige Deviseneinkünfte verschafft.

Dafür gibt es aber den freien Willen des Volkes, das die sozialen Probleme in seinem Interesse löst. So hat die Regierung Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens der Beduinen und zu ihrer allmählichen Sesshaftmachung beschlossen. Die Arbeitslosigkeit — noch vor kurzem eines der brennendsten sozialen Probleme — ist beseitigt. Viel wird zur Lösung der Wohnraumkrise getan. Die unentgeltliche medizinische Betreuung wird eingeführt.

Bedeutend entwickelt haben sich die Kontakte der VDRJ zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem zur UdSSR, die dem Land wesentliche Unterstützung bei der Entwicklung von Wirtschaft, Kultur und Bildung leisten. In einem Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der Nationalfront, dem Außenminister M. Mutia, im Mai 1977 bekräftigte Leonid Breschnew den unveränderten Kurs der Sowjetunion, das Volk des demokratischen Jemen beim Aufbau des neuen Lebens und der Stärkung seiner Unabhängigkeit zu unterstützen.

DIESES PARADOXE PEKING

Wladimir KRIWZOW

Mao Tse-tung, der zu Sophismen und Paradoxien neigte, pflegte zu sagen, zur „allgemeinen Ordnung“ in China führe „die allgemeine Unordnung“. Gemäß dieser Einstellung des „großen Steuermanns“ verlangten seine getreuten Gefolgsleute Tschang Tschun-tsiao, Wang Hung-wen, Tsiang Tsing und Iao Wen-juan, die nach Maos Tod zu Feinden des Maoismus gestempelt worden sind, „alle Regeln und jede Ordnung zunichte zu machen“. Sie erklärten: „Je mehr Chaos, um so besser.“

Die fast 12jährige „Kulturrevolution“ in China verkörperte gerade diese Thesen Maos und seiner Jünger. Ihr Ergebnis ist bekannt: Zersplitterung der chinesischen Gesellschaft, dauernder Kampf auf allen Ebenen, Produktionsrückgang, Stagnation in Wissenschaft, Technik und Kultur, starke Unzufriedenheit der breiten Volksmassen.

Mao hinterließ China im Zustand der „totalen Unordnung“. Zwar hatte er schon 1969, auf dem IX. Parteitag, die Chinesen wiederholt zum „Zusammenschluß“ aufgerufen, aber der heftige politische Kampf im Lande dauerte fort.

Besorgt über die wachsenden Wirtschaftsschwierigkeiten und die Unzufriedenheit der Werktätigen, faßte die neue chinesische Führung auf dem XI. Parteitag der KP (August d.J.) den Beschluß, „das entscheidende Kettenglied festzuhalten, um im Lande die allgemeine Ordnung herbeizuführen“.

Wie aus den Parteitagsdokumenten folgt, hoffen die chinesischen Führer, besagte Ordnung „im erbitterten Kampf zwischen zwei Klassen und zwei Wegen“ zu errichten und „zu diesem Zweck auf Stabilität und Geschlossenheit hinzuwirken, die Diktatur des Proletariats zu stärken, die Errungenschaften der Kulturrevolution zu verankern und zu mehr“.

Hervorgehoben sei, daß die sozialistische Gesellschaft nach Ansicht Maos und seiner heutigen Nachfolger „voller Gegensätze“ stecke. In ihr bestünden antagonistische Klassen, die einander „auf Tod und Leben“ bekämpften. Hieraus wird der Schluß gezogen: Um in einer solchen Gesellschaft Ordnung zu schaffen, müsse man die Revolution auch unter der Diktatur des Proletariats fortsetzen.

Die These von der Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats wurde zur eigentlichen Grundlage des Maoismus, zur „wichtigsten Erkenntnis des Marxismus in der gegenwärtigen Epoche“ erhoben und als „entscheidendes Kettenglied“ für die Herbeiführung der „Ordnung“ im Lande bezeichnet. Ebendeshalb fand diese These in das auf dem XI. Parteitag der KP gebilligte neue Parteistatut Aufnahme. Darin heißt es, die Klassengegensätze in der sozialistischen Gesellschaft „könnten nur aufgehoben werden, wenn man sich auf die Theorie und Praxis der Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats stützt“. Wie im neuen Parteistatut betont wird, soll die „Kulturrevolution im weiteren ... wiederholt durchgeführt werden“.

Hua Kuo-feng unterstrich auf dem XI. Parteitag: „Stabilisierung und Geschlossenheit bedeuten noch keinen Verzicht auf den Klassenkampf. Dieser Kampf ist langwierig, entwickelt sich zickzackartig und wird von Zeit zu Zeit sogar sehr hart.“

Deshalb stellte der Parteitag die Aufgabe, den Kampf um die Entlarvung der „Vierergruppe“ zu Ende zu führen. Dazu sei, wie es auf dem Parteitag hieß, eine ehrne Geschlossenheit „der ganzen Partei, der ganzen Armee, aller Völker“ des Landes notwendig. Nur unter dieser Bedingung könnten 1977 „die ersten Erfolge“ und im Laufe der nächsten drei Jahre „große Erfolge“ erzielt werden. Sonst sei es unmöglich, eine feste Grundlage dafür zu schaffen, daß die chinesische Arbeiterklasse und das ganze chinesische Volk ihre historische Mission erfüllen, „China in diesem Jahrhundert in eine starke moderne sozialistische Großmacht zu verwandeln“.

Warum erfordert die Schaffung der „allgemeinen Ordnung“ in China aber einen so angespannten und langen Kampf gegen den Einfluß der „Vierergruppe“?

Heute wird immer klarer, daß diese nur die Spitze des riesigen Eisbergs im Ozean des in China tobenden politischen Kampfes war. Wie groß er wirklich ist, veranschaulichen folgende Tatsachen. Die KP Chinas zählt über 35 Millionen Mitglieder, davon traten 17 Millionen der Partei während der „Kulturrevolution“ bei. Unter diesen 17 Millionen überwiegen also Menschen,

die die „Kulturrevolution“ geprägt hat, Hungweiping und Tsaofan, kurz, Anhänger der „Vierergruppe“. Das findet seine Bestätigung in den Worten Wang Hung-wens, daß ca. 30% der örtlichen Parteifunktionäre Tsaofan seien.

Nach den Veränderungen zu urteilen, die im Politbüro des ZK und im ZK der KP nach dem XI. Parteitag eingetreten sind, gab es auch dort nicht wenig Anhänger der „Viererbände“. Von den 26 Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros des ZK sind 10 neu, im ZK sind es sogar 114 (über 40% des Bestandes). In 13 der 22 Provinzen wurden die Ersten Sekretäre der Provinzkomitees der KP abgesetzt, desgleichen in zwei von den fünf Autonomen Gebieten.

Wie auf dem Parteitag betont wurde, habe die KP eine „verunreinigte Zusammensetzung“ und sei „ideologisch verworren“; in ihr hätten sich „Lösung von den Massen, Spiegelfechtereien, prinzipienloses Lavieren und politische Spekulationen“ verbreitet, Parteigeist und Parteidisziplin hätten nachgelassen, Sektierertum, Anarchismus und Fraktionsunwesen dagegen sich entwickelt.

„Alles, was die Vierergruppe durchsetzte, hat sich auf die Parteiorganisationen und das Bewußtsein ihrer Mitglieder sehr negativ ausgewirkt, der Geschlossenheit und Diszipliniertheit der Partei sowie den Beziehungen der Partei zu den

Volksmassen großen Schaden zugefügt“, hieß es im Bericht Hua Kuofengs.

Eine Säuberung wird auch unter den Führern der gesellschaftlichen Massenorganisationen — der Gewerkschaften, der Jugend-, der Frauenvereinigungen — vorgenommen, denn in ihnen war der Einfluß der „Vierergruppe“ nach der „Kulturrevolution“ besonders stark.

Die Kampagne zur Entlarvung von Anhängern der „Viererbände“ dehnt sich auf das ganze Land aus. Der chinesischen Presse zufolge hatte sie recht feste Positionen in den Provinzen Nordost- und Ostchinas, besonders in Schanghai, usw.

Demnach besaß die „Vierergruppe“ nicht etwa „ein Häuflein eingelegelter Komplizen“, wie es auf dem XI. Parteitag der KP hieß, sondern eine konsequent in langen Jahren geschaffene Massenbasis, wozu sie u. a. ihre Anhänger auf leitende Posten lanciert hatte. Das bereitet der heutigen chinesischen Führung große Schwierigkeiten. Sie muß lavieren. Daher die Aufrufe, zwischen denen, die unter den Einfluß der „Vierergruppe“ gerieten und in Wort und Tat Fehler begingen, und denen, die an der „verschwörerischen usurpatorischen Tätigkeit“ teilnahmen, genau zu unterscheiden.

Personen, die mit der „Verschwörung der Vierergruppe“ zu tun hatten, werden schon seit fast einem Jahr „überprüft“. Von den Parteikomitees wird verlangt, die „Über-

prüfung“ in der Hauptsache in diesem Jahr oder etwas später abzuschließen. Deshalb bezeichnete der Parteitag es als notwendig, „das staatliche Räderwerk des Volkes zu stärken“, d. h. den gesamten Unterdrückungs- und Repressivapparat zu festigen. Eine besondere Rolle ist dabei der Armee zugedacht, wenn auch darauf hingewiesen wird, daß auch in ihr „eine noch größere Ordnung“ herzustellen sei, weil die „Vier“ versucht habe, sie „an sich zu reißen“. Die Volksmiliz wird ebenfalls umorganisiert.

Wie wir sehen, befaßte sich der XI. Parteitag außerordentlich viel damit, wie die chinesische Gesellschaft unter strengster Kontrolle zu bringen sei: Die nicht abreißenden Machtkämpfe auf höchster Ebene haben in der Gesellschaft einen politischen Schock, akute soziale Gegensätze und Unzufriedenheit der Massen verursacht. Das macht Peking begreiflicherweise Sorgen.

Die Lage im Lande verbietet es der chinesischen Führung offenbar, abzuwarten, bis die Verwirklichung der geplanten Maßnahmen zur „allgemeinen Ordnung“ führt. Deshalb greift sie zu Gewalt, zu Repressalien.

Nach Meldungen der Auslands- presse hat in China in letzter Zeit die Zahl der Hinrichtungen zugenommen. Aus den Provinzen Heilungkiang, Jünan u. a. wird über zahlreiche Fälle von Todesurteilen berichtet. In Peking wurden Bekanntmachungen über Gruppenhingerichtungen ausgehängt: Auf diese Weise wurden über 100 Personen, deren Schuld darin bestehen sollte, „konterrevolutionäre Tätigkeit betrieben“ und „konterrevolutionäre Gruppen gebildet“ zu haben, ins Jenseits befördert. *Sunday Telegraph* (London) nimmt an, die Gesamtzahl der Hingerichteten werde sich 1977 auf mehrere Tausend belaufen.

Peking verstärkt die Offensive gegen die Anhänger der „Vierergruppe“ unter dem Vorwand, Maos Gegner bekämpfen zu müssen, und hofft, dadurch alle diejenigen in China einzuschüchtern, die den Maoismus nicht akzeptieren bzw. sich ihm so oder so widersetzen. Aber nach allem zu urteilen, hat die neue Führung umfassendere Ziele im Auge. In der Kampagne, die angeblich dem Schutz von Mao-Ideen dient, versucht sie, den Maoismus von seinen extremsten, orthodoxesten Postulaten zu befreien. Die Lage im Lande bleibt kompliziert, der Fraktionskampf geht weiter.

BIOGRAPHISCHES

KIRTI NIDHI BISTA, MINISTERPRÄSIDENT VON NEPAL



**Kirti
Nidhi
Bista**

1927 in Katmandu geboren. Absolvierte die Lucknow University in Indien und erwarb den wis-

senschaftlichen Grad eines Magisters der politischen Wissenschaften. Er war aktives Mitglied der Bewegung zur Beseitigung des autokratischen Regimes des feudalen Rana-Clans.

Von 1951 bis 1958 dozierte Bista an Colleges. 1958 wurde er zum Mitglied der Konsultativversammlung ernannt, 1961 in das Nationale Panchayat (Parlament) gewählt.

1962—1968 bekleidete Bista mehrere Ministerposten, 1965 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, 1969—1970 und 1971—1973 stand er der nepalesischen

Regierung vor. Im September 1977 ernannte der König Bista erneut zum Ministerpräsidenten sowie zum Verteidigungs- und Hofminister.

Wiederholt leitete Bista nepalesische Delegationen bei Tagungen der UNO-Vollversammlung und auf anderen internationalen Konferenzen. Er tritt für internationale Entspannung, Paktfreiheit, friedliche Koexistenz, Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Staaten ein.

Im Juni 1964 besuchte Kirti Nidhi Bista in seiner Eigenschaft als Außenminister und Bildungsminister die UdSSR.

UNVERGESSEN

Auch heute noch möchte ich jenen Flieger um Verzeihung bitten. Dort, auf dem Kartoffelfeld, hatte ich ja schon den Revolver in der Hand...

Vor kurzem kamen junge Piloten der französischen Staffel „Normandie-Niemen“ in die UdSSR, die Nachfolger jener französischen Flieger, die während des zweiten Weltkriegs an der sowjetischen Front gegen den gemeinsamen Feind — die Hitlerfaschisten — gekämpft hatten und 1945 heimgekehrt waren.

Die jungen Franzosen wurden von Freunden, jungen sowjetischen Fliegern und Veteranen, empfangen. Die Mirage-Maschinen waren noch eben erst über dem Flugplatz aufgetaucht, und schon rasen sie, die spitzen Nasen nach oben gerichtet, die Piste entlang. Willkommen!

Ich kämpfte damals zu Lande, die Franzosen taten es in der Luft, wir waren fast immer in Tuchfühlung, ob bei Smolensk oder am Njemen, doch nie zusammengetroffen. Fast nie...

Das war westwärts von Jelnja, an einem glühendheißen Tag des Jahres 1943. Wir lagen in der Offensive. Sie war im August sehr energisch entfaltet worden, verlief aber jetzt, zumindest bei uns, recht träge. Der Gegner, den man an einem Abschnitt herausgeschlagen hatte, zog sich zur nächsten Linie zurück, nur ab und zu rafften sich kleinere Gruppen von Infanteristen und Panzern zu Gegenangriffen auf.

Diese relative Stille erklärte sich aus weit umfangreicheren Ereignissen, die sich im Süden bei Charkow abspielten.

An jenem heißen Tag gingen wir zu zweit auf einem staubigen Weg über ein nicht enden wollendes Kartoffelfeld. Neben mir (ich war damals Chef der Aufklärung einer Abteilung) schritt der Aufklärer Weklitsch. Unsere Batterien lagen schon weit zurück. Im Kopfhörer des tragbaren Senders, der mit seinen 20 kg schwer auf den jugendhaft schmalen Schultern von Weklitsch lastete, vernahm ich unser „Berjoska“-Signal immer schlechter, bis es im Geknister völlig unterging. Wir stiepfelten weiter in der Erwartung, daß die Geschütze beim Stellungswechsel uns näherrücken und wir dann das vertraute Signal wieder hören würden.

Vor uns marschierte die von uns Artilleristen unterstützte Infanterie. Die Soldaten trugen ausgebleichene,

verschwitzte Blusen, ihre Rucksäcke hingen müde herab.

Von Zeit zu Zeit bildeten die Soldaten eine Kette, dann zerstreuten sie sich über das Feld und stolperten immer wieder über die Furchen. Dieser Marsch über ein nicht abgeerntetes Kartoffelfeld war beschwer-



lich, und immer wieder fanden sich die Leute auf der Straße zusammen.

Plötzlich rasten zwei sowjetische Jäger und drei Messerschmitt-Maschinen über uns dahin. Die Kräfte waren ungleich, aber unsere Flugzeuge nahmen den Kampf auf. Die Maschinen kreisten zwischen den seltenen Wolken, verfolgten und beschossen einander. Bald drehten sie ausgedehnte Kurven, bald näherten sie sich in hoher Geschwindigkeit. Man hörte deutlich das Tuckern ihrer MG.

Plötzlich fing ein Flugzeug Feuer und stürzte nach unten, eine schwarze Rauchfahne nach sich ziehend. Dann streifte es die Sträucher auf einer Anhöhe an der Straße, an denen wir eben erst vorbeigegangen waren. Eine Detonation erschütterte Luft und Erde, unheilvoll rote Flammen und schwarze Schwaden stiegen zum Himmel. Es wurde still.

Wir wußten noch nicht, wem das abgeschossene Flugzeug gehörte, da erblickten wir einen Fallschirm. Er ging ruckartig nieder, die von den Fangleinen umschlungene Glocke konnte den Mann beinahe nicht halten. Einen Augenblick später schlug er dumpf auf dem Feld auf, während der vom Wind getriebene und immer noch offene Schirm ihn über die lockere Erde des Feldes zu den Deutschen weiterschleppte.

Wir liefen auf den Fallschirm zu. Die straff gezogenen, glatten weißen Leinen schürften uns die Haut an

den Handflächen ab, die riesige weiße Glocke riß sich los. Schließlich breitete sie sich über dem saftigen Grün des Kartoffelkrauts aus.

Der Mann, etwa 25jährige, lag unbeweglich da. Er hatte ein feingeschnittenes Gesicht, trug ein weißes Hemd, eine dunkle Krawatte und eine dunkelblaue kurze Fliegerjacke. Die Hose war aus der gleichen dunkelblauen Wolle, dazu hellbraune Schuhe und eine ebensolche Leder-

Sowjetische Kriegsveteranen und junge französische Flieger von der Staffel „Normandie-Niemen“ mit Joseph Risso (erster v. r.)

Foto TASS

haube. Seine Haare klebten an der Stirn, die Augen waren geschlossen. In das Leder der Haube waren ein brauner, fast schwarzer fünfzackiger Stern und ein paar Worte in lateinischer Schrift gepreßt.

Kein sowjetischer Flieger, aber offenbar auch kein deutscher. Freund oder Feind?

Der Mann öffnete die Augen.

„Papiere!“

Er versuchte, sich umzudrehen, zeigte auf die abgerissene Hintertasche und sagte etwas rasch in einer mir unbekannten Sprache. Man könnte annehmen, daß die Tasche mit den Dokumenten beim Sprung aus der brennenden Maschine abgerissen worden war. Ich fragte ihn auf Deutsch, wer er sei. Der Mann redete wieder rasch auf mich ein, riß sich die Haube vom Kopf und deutete auf den Stern.

Gewiß, der Stern war fünfzackig, aber schwarz. Wir wußten schon, daß die Soldaten der aus halb Europa bunt zusammengewürfelten faschistischen Armee alle möglichen und unmöglichen Abzeichen auf ihren Uniformen trugen. Das einzige Wort, das ich heraushörte, war „Normandie“. Ich mußte an Geographiestunden, dann an eine Pres-

semeldung über die französische Résistance denken. Plötzlich stand aber eine alte Karikatur vor meinem inneren Auge. Der Bildtext lautete: „Klavier Marke Pétain & Co“. Dicke, beringte Finger drücken auf die Tasten des Klaviers, auf denen die Gesichter der Verräter am französischen Volk abgebildet waren.

Auf welcher Seite der Barrikade stand unser Unbekannter?

Einige Infanteristen liefen herbei, sie umgaben den Verwundeten und äußerten allerlei Vermutungen, die dem Piloten nichts Gutes versprachen. Offen gesagt war ich nahe daran, ihnen beizupflichten.

Zum Glück hielt eine Panzerzugmaschine auf der Straße. Ein paar Soldaten und ein untergesetzter Infanteriehauptmann mit einer Feldmütze auf dem Kopf sprangen heraus. Mit Verzweiflung in der Stimme redete der Flieger den Hauptmann an.

„Der ist ja von der Staffel ‚Normandie‘! Ein französischer Flieger!“ erkannte der Hauptmann. „Die Staffel kämpft schon seit Monaten gegen die Nazis an unserer Front.“

Die Soldaten wurden rege, trugen den Franzosen behutsam zur Maschine und legten ihn auf die Panzerung. Der Motor heulte auf, und die Zugmaschine rollte ostwärts, dem Hinterland zu.

Weklitsch und ich kehrten zu den Sträuchern zurück. Unter den kahlgebrannten Ästen klappte ein tiefer schwarzer Trichter, auf seinem Grund erriet man den Flugzeugmotor. Im Gras daneben lagen arg verbogene grüne Tragflächen aus Aluminium und das Heckleitwerk mit weiß umrandeten roten Sternen.

Das alles war bitter und tat uns leid; die abgeschossene Maschine, unser Mißtrauen gegen einen Kameraden. Wir hatten ihm nicht einmal die Hand gedrückt...

Später marschierten wir noch lange westwärts, bis der Sieg kam. Dann kam noch ein ganzes Leben. Jahre gingen dahin. Vor kurzem erfuhr ich zufällig, wie der Flieger geheißen hatte. Einmal kam ich mit General a. D. Golubow ins Gespräch. Im Krieg hatte er ein Fliegergeschwader befehligt, in dessen Bestand auch die „Normandie“-Staffel war. Ich berichtete ihm über den Vorfall auf dem Kartoffelfeld.

„Doch, doch, es gab so eine Geschichte“, erinnerte sich der General. „Panzersoldaten hatten ihn mitgebracht. Ich glaube, er hieß Emonet. Oder Mathis? Moment, gleich wissen wir es ganz genau.“

Der General kramte lange in sei-

nen Mappen, in den Schubfächern seines Schreibtisches und blätterte in vergilbten, brüchigen Papieren.

„Hier, schauen Sie.“

Er las mir vor: Am 6. September 1943 sei bei Jelnja ein Flugzeug abgeschossen worden. Der an einem Arm schwer verwundete Aspirant (ein Offiziersdienstgrad in der französischen Armee) Jacques Mathis sei mit dem beschädigten Fallschirm fast an der HKL gelandet. Ein sowjetischer Panzer habe ihn mitgenommen, und nach langer Behandlung sei Mathis nach Frankreich heimgekehrt.

Kein Zweifel, das war „mein“ Flieger! Zeit, Ort, der „beschädigte Fallschirm“, selbst der „sowjetische Panzer“ (der Verwundete konnte natürlich nicht gleich bemerken, daß dieser Panzer ohne Turm war): Alles stimmte!

Später traf ich den bekannten Namen in der literarischen Monatschrift *Nowy mir*. Der Hauptmarschall der Luftstreitkräfte Nowikow schilderte in seinen Erinnerungen u. a., wie der neue Aspirant Mathis schon bald nach seiner Aufnahme in die Staffel im Kasino die traditionelle Torte für ein abgeschossenes Flugzeug bekommen habe.

Mathis hat also nicht lange, dafür aber erfolgreich gekämpft.

Und nun sehe ich die bekannten dunkelblauen Fliegerjacken auf einem Militärflugplatz bei Moskau. Mit den jungen Piloten ist auch ein Veteran gekommen, Brigadegeneral der Luftstreitkräfte Rizzo. In jener ersten „Normandie“-Staffel kämpfte Oberleutnant Rizzo von Anfang an (in der UdSSR war er am 28. November 1942, unter den ersten 14 Fliegern eingetroffen). Nur vier von ihnen sollten die Heimat wiedersehen. Der General erinnert sich an alle Kampfkameraden, die lebenden und die toten.

„Haben Sie, Herr General, Jacques Mathis noch in Erinnerung? Was ist aus ihm geworden?“

Das Gesicht des Generals hellt sich auf. Es berührt ihn angenehm, daß auch die Russen die alten Freunde nicht vergessen haben.

„O ja! Das war ein großartiger Bursche. Er hat aber 1944 über England den Tod gefunden...“

In unserem Gedächtnis bewahren wir manchmal jahrelang etwas nunmehr Fernes, was uns aber teuer geblieben ist. So ist das Licht eines Sterns, der im All längst erloschen ist, noch lange zu sehen.

Oberstleutnant d. R.
Viktor RYKOW

DISKUSSION MIT DEM LESER

Unser Mehrparteiensystem ist, glaube ich, demokratischer und wirksamer als das Einparteiensystem. Das Bestehen mehrerer Parteien ermöglicht einen weiteren politischen Spielraum, den Zusammenprall von Meinungen, einen Streit, in dem, wie es heißt, die Wahrheit geboren wird. Das Einparteiensystem dagegen verengt den Raum der politischen Polemik, führt zu einseitigen Ansichten...

José VASQUEZ
Maracaibo, Venezuela



Es diskutiert

Redaktions-

mitglied

Sergej

GOLJAKOW

Es liegt mir fern, Herr Vasquez, Ihr Recht auf die Meinung zu bestreiten, das Mehrparteiensystem habe Vorzüge gegenüber dem Einparteiensystem. Unter den Anhängern der bürgerlichen Traditionen sind Sie nicht der erste und wohl nicht der letzte, diesen Standpunkt zu vertreten. Nur möchte ich die Frage folgendermaßen formulieren: Besteht überhaupt ein Zusammenhang zwischen der Anzahl von Parteien einerseits und der Effektivität und dem Demokratismus eines Gesellschaftssystems andererseits?

Die Gesellschaft des entwickelten Sozialismus in der UdSSR behauptet Normen, die unseren Interessen und Sitten am meisten entsprechen und uns unentbehrlich sind. Doch meinen wir keinesfalls, daß alle anderen Länder und Völker beim Aufbau des Sozialismus unsere Erfahrungen unbesehen übernehmen müßten. Jedes Land hat seine Vergangenheit und Gegenwart, seine Verhältnisse und Traditionen. Und jedes Land, jedes Volk, jede revolutionäre Partei entscheiden selbständig, welche sozialen Umgestaltungen sie durchführen und auf welche Weise.

Von den heute bestehenden sozialistischen Ländern errichtet ein jedes die neue Gesellschaft, ausgehend von seinen spezifischen Verhältnissen. In Bulgarien, Polen, der DDR und der CSSR bestehen mehrere Parteien, während z. B. Jugoslawien und Ungarn das Einparteiensystem vorziehen. Anders gesagt, kann die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Bundesgenossen je nach

den konkreten Umständen unterschiedliche politische Formen haben. Nur das Wesen bleibt unverändert: das sozialistische politische System, basierend auf dem gemeinsamen Besitz und der gemeinsamen Nutzung von Produktionsmitteln, Arbeitsgegenständen und -produkten.

Zudem schließt unser System keineswegs den Meinungsstreit oder die politische Repräsentation der in der Gesellschaft bestehenden Kräfte aus, kurz, all dessen, was Sie, Herr Vasquez, an das Mehrparteiensystem (den Pluralismus) knüpfen. Alle Klassen, alle sozialen und Berufsgruppen der Gesellschaft haben ihre Vertretung: über die Gewerkschaften, über den Unionsrat der Kolchose, über die Jugend-, Künstler- und sonstige Verbände.

Selbstverständlich sind es durchweg Organisationen der Werktätigen, sie richten deren Tätigkeit auf das gemeinsame Ziel — den Aufbau des Kommunismus — aus. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, der die hervorragenden Vertreter aller Klassen, Gruppen und Schichten angehören, faßt ihre Interessen zusammen und koordiniert sie, ohne eine Kategorie zu benachteiligen, und lenkt die Energie des gesamten Volkes auf die Erreichung dieses gemeinsamen Zieles.

Die Führungsrolle der KPdSU im Leben der sowjetischen Gesellschaft ist in der neuen Verfassung der Sowjetunion fixiert. Die gesamte Tätigkeit der Partei bewegt sich im Rahmen des Grundgesetzes. „Die Partei kennt keine anderen Interessen als die Interessen des Volkes. Der Versuch, Partei und Volk einander entgegenzusetzen, das Gerede von Diktatur der Partei ist dasselbe wie, sagen wir, das Herz dem ganzen übrigen menschlichen Organismus entgegenzusetzen“, sagte Leonid Breschnew im Obersten Sowjet der UdSSR am 4. Oktober.

Wir in der Sowjetunion wissen: Je kompliziertere Aufgaben uns der kommunistische Aufbau stellen wird, um so größer wird die Rolle der KPdSU sein. Das führt nicht zur Verengung, sondern zu einer noch weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie.

Hier ein Beispiel. An der kürzlichen Aussprache über den Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung beteiligten sich über 80% der erwachsenen Bevölkerung der UdSSR. Sie brachten ca. 400 000 Vorschläge über Zusätze und Ergänzungen zu Artikeln und Formulierungen der Verfassung ein.

Wie wir sehen, Herr Vasquez, hängen Demokratismus und Effektivität eines Gesellschaftssystems nicht von der Zahl der Parteien ab. Es kommt darauf an, wessen Interessen sie vertreten und zu welchen Zielen sie führen.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 11

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

Долговременное последствие (для кого?) —	anhaltende Auswirkung
определить лицо эпохи —	das Gesicht der Epoche wurde bestimmt
воздействовать на умы (кого?) —	auf das Bewußtsein einwirken
в силу (чего?) —	dank
по воле (кого?) —	durch den Willen
вступать на (какой?) путь —	einen Weg einschlagen
обогащать практику —	die Praxis bereichern
своеобразно решать проблему —	eine spezifische Lösung des Problems suchen

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

Ни одно из событий мировой истории не имело таких глубоких, долговременных последствий для человечества, как Великая Октябрьская социалистическая революция.

Из международных последствий Октября, определивших лицо нашей эпохи, самое главное — возникновение и развитие мировой системы социализма. Было время, когда буржуазия, напуганная победой Октября и его могучим воздействием на умы миллионов, в каждом революционном событии в мире пыталась искать «руку Москвы». Теперь в эти детские сказки уже мало кто верит. Революции возникают и побеждают в силу внутреннего развития каждой данной страны, по воле ее народа. Ряд победоносных социалистических революций в Европе, Азии, Америке означал продолжение идей и дела Октября.

В итоге практика мирового социализма расширилась, обогатилась. Каждая из стран, вступивших на социалистический путь, в чем-то по-своему, своеобразно решала проблемы социалистической государственности, развития социалистической индустрии, кооперирования крестьянства, идейного перевоспитания народных масс.

Нет сомнения, что переход к социализму других народов и стран с различными уровнями развития и национальными традициями принесет еще большее разнообразие конкретных форм социалистического строительства.

Übung 2: Finden Sie Antonyme zu folgenden Worten:

Кратковременный — исчезновение — поражение
сузиться — объединиться — однообразный — абстрактный.

Übung 3: Ersetzen Sie die fettgedruckte Partizipialkonstruktion durch einen Relativsatz:

События, **определившие лицо эпохи**. Буржуазия, **напуганная революцией**. Страна, **вступившая на социалистический путь развития**. Народ, **решающий проблемы социалистической государственности**.

Übung 4: Übersetzen Sie folgende Sätze:

1. Die Propaganda wirkt auf die öffentliche Meinung ein.
2. Aufgestört durch die Aktionen der Volksmassen, hat die bürgerliche Regierung den Weg der Repressalien eingeschlagen.
3. Dank der politischen Reife des Sowjetvolkes hat die feindliche antisowjetische Propaganda der westlichen Rundfunksender keinen Erfolg und kann ihn nicht haben.
4. Durch den Willen von Millionen Menschen guten Willens wird die Kampagne für die Festigung der Entspannung immer intensiver geführt werden.



Teufelskreis



In New York werden jährlich mehr als tausend Kinder als künftige Rauschgiftsüchtige geboren, die es später auch zum Heroin zieht. Davon ist in einem kürzlichen UNO-Bericht die Rede. Diese Kinder werden von Müttern geboren, die süchtig-gefährdet sind. Die Süchtigen, heißt es weiter im Bericht, geben für ihren Trip etwa 20 000 Dollar jährlich aus. Das erklärt nach Meinung von Experten die Tatsache, daß 35% der Diebstähle in den USA von Süchtigen verübt werden.

Kopf hoch!

Im bundesdeutschen Handelsblatt erschien folgende Anzeige: „Depression, sinkende Umsätze. 100% unserer Kunden zogen unsere Beratung einem Selbstmord und Konkurs vor. Wir rüsten Sie moralisch auf. Analytica. Industrieberatung. Psychohygiene. 8 München 2. Landwehrstr. 41.“

Rette sich, wer kann

Takashi Sakakibara wurde 1972 zum letzten Mal gesehen, an einem Abend

nach Arbeitsschluß... Eine 48jährige Frau, die ihre Schulden nicht mehr bezahlen konnte, verschwand vor einiger Zeit. Ihrem Sohn hinterließ sie einen Zettel: „Ich komme zurück, wenn ich das Geld zusammen habe“ ... Allein 1976 suchten 94 000 Japaner das Weite. 43% von ihnen sind Jugendliche. Arbeitslosigkeit, die heutige japanische Gesellschaft und die Flucht vor Schulden — das sind die Gründe.

Beschwipste Bosse



Die schottische Industrie erleidet durch den weitverbreiteten Alkoholismus jährlich einen Schaden von etwa 100 Mio Pfund Sterling. In einem Bericht des Schottischen Alkoholismusrates wird darauf verwiesen, daß die Behauptung, das Saufen sei vor allem ein Problem der Werkarbeiter, völlig unzutreffend ist. Alles deutet auf das Gegenteil, unterstreichen die Verfasser des Berichts: „Je höher jemand die Managementleiter erklimmt, desto größer ist die Gefahr, daß er der Trunksucht verfällt.“

Polizeinotruf

Ist die französische Polizei in der Lage, die Ordnung aufrechtzuerhalten? Diese Frage stellen sich jetzt die Ordnungshüter selbst. Kürzlich wandte sich die Polizeigewerkschaft an die Pariser mit einem Flugblatt, in dem die Schwierigkeiten des Polizeidienstes ausgemalt wurden. Die Zahl der Polizeibeamten hat in den letzten Jahren stark abgenommen, während die Kriminalität die entgegengesetzte Tendenz aufweist: Alle 17 Sekunden wird in Frankreich ein Verbrechen verübt.

Profitgeier

Arbeiter eines Werkes in der italienischen Stadt Udine riefen den Streik aus — aus Protest gegen eine Geldstrafe der Profitgeier von der Betriebsleitung. Wofür sollten die Arbeiter büßen? Während der Erdstöße im Mai 1976 „wagten“ sie es, ihre Arbeitsplätze zu verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen. Die Tatsache, daß das Erdbeben in dieser Region 1000 Menschenleben forderte, störte die Betriebsleitung nicht.

Die Macht der Werbung



Ein Mitarbeiter der Times wurde bei einer Autofahrt aus London nach Oxford auf folgendes Plakat aufmerksam: „Fred ist ein angenehmer Mitreisender.“ Einige Kilometer weiter sah er wieder eine Tafel: „Fred ist sympathisch.“

Etwas später stand schließlich ein junger Anhalter an der Straße mit dem Schild: „Ich bin Fred“. Der clevere Tramper wußte nur zu gut, daß viele Menschen im Westen unter dem Einfluß der sie Tag und Nacht berieselnden Reklame handeln.

Letzte Hoffnung



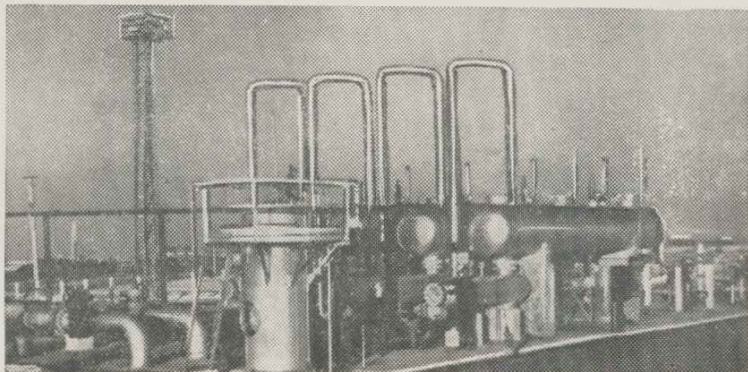
In einem Café in Wales können die Besucher folgenden Hinweis lesen: „Wenn der Boden schon vollständig mit Kippen bedeckt ist, benutzen Sie Aschenbecher.“ Humor ist wohl die letzte Hoffnung des Cafébesitzers.

Erprobt

Neun Jahre lang wurde in Irland gegen ein Gesetz angegangen, das Blutentnahmen für Alkoholtests bei Verdacht auf Trunkenheit am Steuer anordnete. Obgleich das Gesetz recht liberal war (1,25 Promille waren erlaubt — erheblich mehr als in anderen westeuropäischen Ländern), gelang es seinen Gegnern sich mit verschiedenen juristischen Tricks durchzusetzen. Durch ihre Argumente, daß bei der Blutentnahme nicht immer ganz saubere Verschlüsse verwandt würden und daß dies sich auf die Untersuchungsergebnisse entstellend auswirken könnte, nötigten sie die Verkehrspolizei, zu einem „erprobten Hausmittel“ zurückzukehren: Die Testperson muß, ohne zu schwanken, einen geraden Strich längs gehen.



TSVETMETPROMEXPORT



Die Unionsvereinigung „Zwetmetpromexport“ leistet im In- und Ausland technische Hilfe bei Projektierungs-, Forschungs-, Bau- und Montagearbeiten, liefert Ausrüstungen, stellt Anlagen auf, setzt sie in Betrieb und bildet Kader aus. Ihre Fachgebiete sind:

NE-METALLURGIE — Bau von Bergwerken, Gruben, Aufbereitungsanlagen und Hüttenwerken [zur Produktion von Blei, Kupfer, Aluminium und anderen NE-Metallen], Bearbeitungswerken für NE-Metalle [Aluminium, Blei u. a.], Werken für die Erzeugung von Halbleiterstoffen [Silizium, Germanium u. a.];

KOHLEINDUSTRIE — Bau von Kohlengruben, Schachtanlagen, Kohlenaufbereitungsanlagen;

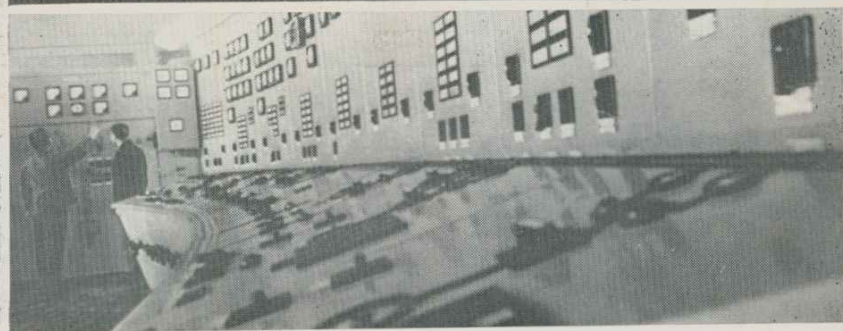
GASINDUSTRIE — Verlegung von Ferngasleitungen, Gaspumpenanlagen, kompletten Gasturbinenaggregaten, Gas- und Benzinwerken, Pipelines, Pumpenanlagen, Ölbunkern.

Unsere Anschrift:
UdSSR, Moskau, 113324, Owtschinnikowskaja nab., 18/1;
V/O Zwetmetpromexport

Telegrammadresse:
Moskau, Zwetmetpromexport

Ruf: 220-18-61

Telex: 7158



Im Objektiv: MONGOLEI

Die ältere Generation, die die mongolische Revolution erlebt hat, erinnert sich noch daran, was für die heutige Jugend schon Geschichte ist: an die Anfänge der Industrialisierung, den Geschützdonner über Chalchyn-gul, die Erschließung von Brachländereien, die

Eröffnung der ersten mongolischen Hochschulen, Arbeiterklubs und Theater.

Am 26. November begeht die MVR ihren 53. Jahrestag. Unter Führung der Revolutionären Volkspartei und in enger Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Bruderländern leistet

das mongolische Volk eine große Aufbauarbeit, um die sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Unsere Bilder: Diesem Mädchen stehen alle Wege offen ♦ In Ulan-Bator ♦ Am Schaltpult des mit sowjetischem Beistand gebauten Wärmekraftwerks in Darchan ♦ Altersgenossen der Revolution ♦ In der mongolischen Steppe

Fotos R. Gombyschaw und I. Gritscher



NEUE ZEIT

Издательство 70424

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Soviet Airlines